

# i INSIDER

Zeitschrift der Fachgruppe Berufliche Schulen Hessen



NR. 03

Herbst 2012

23. Jahrgang



# LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Wieder einmal liegt ein neuer insider vor Euch. Die Erstellung – insbesondere mit dem neuen Lay Out macht immer wieder Spaß, ist auf der anderen Seite aber auch so manches Mal ein mühsamer Prozess. Dies gilt insbesondere für unser Anliegen, Stimmen aus den Schulen einzufangen und ihnen landesweit Gehör zu verschaffen. Aus unserer Sicht ist die dabei geübte Zurückhaltung zu bedauern, gibt es doch Vieles in den Schulen, was einer Darstellung wert ist.

**Also: nutzt den insider zur Darstellung von schulischen Projekten, Beschlüssen (Gesamtkonferenz, Personalversammlung etc.), Entwicklungen wie auch Problemen!**

Beim Aufräumen ist mir ein Gedicht von Heinrich Heine in die Hände gefallen, aktueller geht's kaum!

## DIE ERDE IST GROß GENUG

WIR HABEN DIE LANDE GEMESSEN,  
DIE NATURKRÄFTE GEWOGEN,  
DIE MITTEL DER INDUSTRIE BERECHNET,  
UND SIEHE, WIR HABEN AUSGEFUNDEN,  
DASS DIESE ERDE GROß GENUG IST;  
DASS SIE JEDEM HINLÄNGLICHEN RAUM BIETET,  
DIE HÜTTE SEINES GLÜCKES DARAUFGU BUAEN;  
DASS DIESE ERDE UNS ALLE ANSTÄNDIG ERNÄHREN KANN,  
WENN WIR ALLE ARBEITEN UND NICHT EINER AUF KOSTEN  
DES ANDEREN LEBEN WILL; UND DASS WIR NICHT NÖTIG HABEN,  
DIE GRÖßERE UND ÄRMERE KLASSE AN DEN HIMMEL ZU VERWEISEN.  
(HEINRICH HEINE, „DIE ROMANTISCHE SCHULE“)

Übrigens: Die 100 Tage der neuen Ministerin und des neuen Staatssekretärs sind um, nahezu unbemerkt?

Es grüßt Euch Euer

Dieter Freid

## INHALTSVERZEICHNIS

Die Kunst des richtigen Streitens	3
news	4
Lehrende an beruflichen Schulen	
Kleine Anfrage im Landtag	6
Vom Arbeitskampf zum Kunstgenuss oder: Der Kampf mit der Kunst	8
Der neue Methodenwahn	9
Die Schulinspektion.	
Eine Woche „Wie es Euch gefällt“	10
Reform des Übergangs	12
Initiative Inklusion	
Mehr Ausbildung und Berufsorientierung	16
Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer	17
Neue Publikationen	18
„Meine Ausbildung 2012“	19
Globales Lernen in der beruflichen Bildung	22
Zum Elend des Politikunterrichts	24
Absolventen dualer Studiengängen	26
Generation abgehängt	27
Ausbildungsabbrüche	28
Rezension: Qualifizieren für eine global vernetzte Ökonomie	29
Irreguläre oder „illegale“	30
Voll genial	32

# DIE KUNST DES RICHTIGEN STREITENS

//

COACHING AM BERUFSSCHULZENTRUM NORD - „KONFLIKTE SIND KEIN LEHRER-SCHÜLER-DING

**Vierzehn Schülerinnen und Schüler am Berufsschulzentrum Nord haben von März bis Mai an einer Schülerweiterbildung zum Thema Konfliktcoaching und Mediation teilgenommen. Nun durften sie dafür ihre Zertifikate entgegen nehmen.**

„Wegen der Hormone rumpelt’s hier schon ab und zu mal“, gibt Gerhard Kleinböck, Schulleiter der Friedrich-List-Schule, ein wenig schmunzelnd zu. Wie gut, dass die Listschule und die beiden anderen Berufsschulen im Zentrum Nord (Behaim- und Merckschule) für diesen Fall ab sofort echte Experten im Haus haben.

„Konflikte niedrigschwellig lösen“ heißt das Zauberwort, wie Projektleiter Samuel Koelewijn in der Abschlusspräsentation erklärte. Denn welche Konfliktstrategien es gibt, wie man überhaupt herausfindet, wo das Problem ist und die Konfliktparteien dann zu einer Lösung führt, vermittelte der Pädagoge mit den Schulsozialarbeitern Jürgen Bloßfeld und Renate Volz dos Santos und der Mediatorin Mandana Edjtemai in einem für die beteiligten Schulen maßgeschneiderten Projekt. „Schule ist oft nur auf Wissensvermittlung ausgerichtet“, beklagt Koelewijn. In der Lebensphase der Schüler, in der sie vor dem Übergang zwischen Schule und Beruf stehen, sich vom Elternhaus lösen und die eigene Identität hinterfragen, sei der Umgang mit Konflikten aber zentral.

## Die Vermeidung von Eskalation

Das Konfliktcoaching-Programm, finanziert durch den Europäischen Sozialfonds, wurde 2011 gemeinsam mit den Schulen entwickelt und im Frühjahr dieses Jahres erfolgreich umgesetzt.

In Rollenspielen arbeiteten die Teilnehmer - zum Teil an eigenen Erlebnissen - auf, wie man in Konfliktsituationen am besten schlichtet. Zum Kursprogramm gehörten auch die Analyse des eigenen Verhaltens in Konflikten, eine geeignete lösungsführende Gesprächsführung, die Vermeidung von Eskalationen und interkulturelle Aspekte.

Sarah Abram, Schülerin der Friedrich-List-Schule, war eine der Teilnehmerinnen am Konfliktcoaching-Seminar. Dafür musste sie zunächst ein Casting durchlaufen, denn zum Kurs zugelassen wurde nur, wer leistungsstark und motiviert war und die nötigen kommunikativen Fähigkeiten besitzt. „Es war schon sehr anstrengend“, stellt die Achtzehnjährige fest. Dennoch möchte sie die Erfahrung nicht missen. „Konflikte sind kein Lehrer-Schüler-Ding“, findet die Eberstädterin, „denn wer möchte dem Schulleiter schon sein Herz ausschütten?“

Das ist von nun an auch nicht mehr nötig: Das Seminar befähigt die Teilnehmer dazu, ein eigenes Beratungsangebot an ihren Schulen zu eröffnen. Ab sofort werden sie in den großen Pausen für ihre Mitschüler zur Verfügung stehen. Dabei wissen die Schülerinnen und Schüler jedoch, wo ihre Grenzen liegen: Bei Suchtproblemen, häuslicher Gewalt oder psychischen Krankheiten kann ein Mediator nicht weiterhelfen.

## Wichtige Qualifikation für weiteren Lebensweg

Vom Kooperationsprojekt zwischen dem Xenos Cross-Culture Projekt und der Schulsozialarbeit des Internationalen Bundes, der für das Berufsschulzentrum Nord verantwortlich ist,

zeigten sich alle Beteiligten begeistert. Während die Friedrich-List-Schule, die Martin-Behaim-Schule und die Heinrich-Emanuel-Merck-Schule davon profitieren werden, dass in ihr klassisches Beratungsangebot nun auch Schüler eingespannt werden können, erkennen die Kursteilnehmer den Wert des Zertifikats für ihren Lebensweg.



Simon Kirschner (21) erhofft sich, dass das Zertifikat seine Bewerbungsmappe aufpolieren wird. „Ich habe an dem Seminar auch mit Blick auf die Zukunft teilgenommen, um für Unternehmen attraktiv zu sein“, erklärt der Weiterstädter. Er ist vollauf zufrieden: „Uns wurde nicht nur das Lösen von Konflikten vermittelt, sondern auch Verhandlungsgeschick und überzeugendes Auftreten.“ Für das angestrebte betriebswirtschaftliche Studium und den Weg in die Vermögensberatung kann der Schüler diese Fähigkeiten sicher gut gebrauchen. Sarah Abram kann sich gar vorstellen, selbst in die Fußstapfen von Samuel Koelewijn zu treten und anderen den richtigen Umgang mit Konflikten zu vermitteln. „Bisher dachte ich, ich lande später mal in einem Büro. Aber Konfliktcoaching wäre eine echte Alternative. Ich glaube, das liegt mir“, erzählt die quirlige Schülerin.

DE 23.08.2012

## **Duale Studiengänge**

**D**uale Studiengänge werden für Studieninteressierte und Studierende immer interessanter. Bereits heute sind rund 60.000 Studierende in über 900 dualen Studiengängen eingeschrieben - Tendenz steigend. In der vom DGB-Bundesvorstand herausgegebenen **Soli extra-Ausgabe** gleichen wir auf 16 Seiten Anspruch und Wirklichkeit miteinander ab. Wir berichten über den Alltag junger Menschen im dualen Studium, über Erwartungsdruck, Arbeitszeiten, Übernahmechancen. Außerdem beantworten wir die wichtigsten Fragen von dual Studierenden rund um Geld und Recht - egal ob im Betrieb oder an der Hochschule.

**Die Printausgaben können hier bestellt werden:**

[http://www2.dgb-jugend.de/dgb\\_jugend/broschueren](http://www2.dgb-jugend.de/dgb_jugend/broschueren)

## **Kultusministerin Nicola Beer**

**G**erade Bildungspolitik, in der es um die Zukunft unserer Kinder und damit unserer Gesellschaft geht, eignet sich nicht zum „Durchregieren“ oder Verkündigungs politik von oben. Schul- und Bildungspolitik hat die Voraussetzung für ein Gelingen der Lernerfolge zu schaffen: Gute Rahmenbedingungen, motivierte Lehrerinnen und Lehrer, eine individuelle Förderung und eine hohe Qualität des Bildungssystems. Hierfür ist ein möglichst intensiver Austausch mit Kindern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Elternvertretungen sowie Ge-

werkschaften und Verbänden selbstverständlich.

*Aus der Homepage der neuen Kultusministerin Nicola Beer*

## **Onlinesucht: Verloren im Netz**

### **Unterrichtsmaterialien für Berufsbildende Schulen**

**P**ermanent online zu sein ist für junge Menschen heute selbstverständlich. Für einige wird das Netz jedoch zur Falle. Sie verlieren sich in der digitalen Welt und werden „onlinesüchtig“ - mit schwer wiegenden psychosozialen und körperlichen Folgen. 250.000 der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland gelten laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung als internetabhängig, 1,4 Millionen als problematische Internetnutzer. Auf dem Schulportal der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung Lernen und Gesundheit ist eine komplette Lern-einheit zum Thema Onlinesucht eingestellt, mit didaktisch-methodischen Hinweisen, Hintergrundinformationen für Lehrkräfte, Arbeitsblätter und Film- und Buchbeschreibungen.

**D**ownload unter:

[www.dguv-lug.de](http://www.dguv-lug.de)

## **Entwicklungslinien für die Berufsbildung: BIBB legt Jahresbericht 2011/2012 vor**

**W**ie wird sich die berufliche Bildung in Deutschland weiterentwickeln, und wie lässt sich eine zukunftsorientierte Aus- und Fortbildung gestalten? Die Schwerpunkte zeigt der **neue BIBB-**

**Jahresbericht 2011/2012** auf.

**D**er Jahresbericht 2011/2012 kann im Internetangebot des BIBB kostenlos heruntergeladen werden unter [www.bibb.de/jahresbericht](http://www.bibb.de/jahresbericht). Die gedruckte Ausgabe kann - ebenfalls kostenlos - bestellt werden beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Arbeitsbereich 1.4 – Publikationsmanagement, 53142 Bonn [vertrieb@bibb.de](mailto:vertrieb@bibb.de) Bestell-Nr.: 09.193 ISBN: 978-3-88555-927-6

## **Neues zum DQR**

**N**ach einer Empfehlung der EU-Kommission sollen ab 2015 alle Bürgerinnen und Bürger ein individuelles Recht haben, non-formal und informell erworbene Kompetenzen anerkannt zu bekommen. Die Mitgliedsstaaten sollen innerhalb der kommenden drei Jahre geeignete Verfahren für eine solche Anerkennung entwickeln. Ziel ist außerdem, die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass die DQR-Niveaus ab 2013 auf allen neuen Zeugnissen und Qualifikationsbescheinigungen ausgewiesen werden. Dafür arbeitet der BIBB-Hauptausschuss derzeit eine Empfehlung aus.

## **Arbeitsschutzfilme: Gratis**

**D**as seit Oktober 2010 bestehende Onlineangebot der Mediathek für Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung (MAG) bietet Interessierten

über 260 frei verfügbare Filme an, die kostenfrei bei Schulungen, Seminaren und auch im Unterricht eingesetzt werden können. [www.arbeitschutzfilm.de](http://www.arbeitschutzfilm.de)

### **HKM-Sprache**

„Die Vermittlung von fachlichen und überfachlichen Kompetenzen ist die Voraussetzung für das Erreichen der Ausbildungsreife. Diese stellt die Grundlage für den erfolgreichen Übergang in eine Berufsausbildung oder ein Studium dar. Die Vermittlung der Kompetenzen muss deshalb den gesamten Unterricht in allen Schulformen und Jahrgangsstufen prägen“

(Aus dem HKM-Erlassentwurf zur Ausgestaltung der Berufs- und Studienorientierung).

### **Kommentar: Geht's noch flacher?**

#### **Analphabetismus**

Etwa 7,5 Millionen Menschen in Deutschland können nicht ausreichend lesen und schreiben. Das sind 14 Prozent der deutschen Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren. Mehr als die Hälfte von ihnen arbeitet. Sie tun alles, um ihre Probleme vor anderen zu verbergen. Dies hat die Professorin für lebenslanges Lernen, Anke Grotluschen von der Pädagogischen Fakultät der Universität Hamburg herausgefunden. „Diese 7,5 Millionen Menschen sind nicht in der Lage, am gesellschaftlichen Leben in angemessener Form teilzunehmen“ sagt Anke Grotluschen. Hier gibt es Hilfe: [www.alphabetisierung.de](http://www.alphabetisierung.de); 0800-53 33 44 55 sowie [www.ich-will-lernen.de](http://www.ich-will-lernen.de).

#### **Goethe-Dossier**

Mittelmäßige Leistungen und eine viel zu geringe soziale Durchlässigkeit bescheinigte die erste PISA-

Studie 2001 dem deutschen Bildungssystem. Alle, die danach kamen, auch.

Das Goethe-Institut reflektiert zehn Jahre Schulstudien, ihre Folgen und Wirkungen. Kritisch wird gefragt, wie lehrreich die Ergebnisse tatsächlich waren. [www.goethe.de/wis/fut/sul/de8729860.htm](http://www.goethe.de/wis/fut/sul/de8729860.htm).



#### **Termin**

**17.** Hochschultage Berufliche Bildung in Essen 13.–15. März 2013  
„Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit / Berufliche Bildung, Qualifikation und Fachkräftebedarf im Zeichen des demographischen Wandels“; weitere Infos: [www.uni-due.de/hochschultage-2013](http://www.uni-due.de/hochschultage-2013)

#### **Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen**

**BPB Schriftenreihe (Bd. 1138) Unsichtbares Politikprogramm?**

Politikern, wenig interessiert und engagiert: So lautet häufig das Urteil, wenn es um Jugendliche aus sozial benachteiligten, meist „bildungsfernen“ Milieus geht. Der Sammelband bietet einen theoretischen wie praktischen Einblick in die Arbeit mit „politik-“ und „bildungsfernen“ Zielgruppen. Marc Calmbach und Silke Borgstedt vom Sinus-Institut Heidelberg zeigen darin auf, dass viele Themen der politischen Bildung bei

„bildungsfernen“ Jugendlichen anschlussfähig sind, wenn sie einen Bezug zu deren Lebenswelten herstellen. Politisches Interesse und Potenzial schlummern in dieser Gruppe – wenn auch häufig „unsichtbar“. Bestellung für 1,50 € bei [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

#### **Daten zu jungen Beschäftigten**

- ☞ 66,8 Prozent von Deutschlands jungen Beschäftigten bis 35 Jahre beklagen monotone Arbeit
- ☞ 62 Prozent fühlen sich unterfordert
- ☞ 21,6 Prozent fühlen sich überfordert
- ☞ 13 Prozent fühlen sich bei der Arbeit respektlos behandelt.

*Quelle: Sonderauswertung junge Beschäftigte des DGB-Index Gute Arbeit 2012*

#### **Einkommen der Jungen**

Wie aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hervorgeht, muss in Deutschland jeder dritte junge Erwachsene mit Einkommen unter der Niedriglohnschwelle auskommen. Die Niedriglohngrenze liegt bei zwei Drittel des Durchschnittslohns. [www.diw.de](http://www.diw.de).

#### **Horrorzahlen**

Die deutschen Staatsschulden belaufen sich auf 2,1 Billionen Euro, das Vermögen von Millionären und Milliardären auf 1,9 Billionen Euro. Die Staatsschuldenquote würde auf 60 Prozent sinken, wenn diese einmalig mit einer Vermögensabgabe von rund 30 Prozent belegt werden!

*Zusammenstellung und Ausführungen*

*Dieter Staudt*



## LEHRENDE AN BERUFLICHEN SCHULEN

**Kleine Anfrage des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 18. Juli 2012 betreffend und Antwort der Kultusministerin**

### Vorbemerkung des Fragestellers:

Laut Statistischem Landesamt waren im Schuljahr 2011/12 von den 9445 Lehrenden an beruflichen Schulen 1734 Personen ohne Lehramt. Der Anteil der Lehrenden ohne Lehramt an beruflichen Schulen insgesamt hat sich in den vergangenen Schuljahren kontinuierlich gesteigert. In den meisten Fällen werden die Lehrenden auf Grund ihrer fachlichen Kenntnisse eingestellt, die außer Frage steht. Kritisch ist jedoch die fehlende pädagogische Ausbildung zu betrachten.

Die Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie erklärt sich die Landesregierung diese hohe Anzahl an Lehrenden ohne Lehramt?

An beruflichen Schulen unterrichten u.a. Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer. Sie absolvieren nach abgeschlossener einschlägiger Berufsausbildung und bestandener Meisterprüfung oder einer entsprechenden Fachschulausbildung einen zweijährigen pädagogischen Vorbereitungsdienst, vergleichbar einem Referendariat, und legen danach eine entsprechende pädagogische Prüfung ab. Sie erwerben damit eine Lehrbefähigung, jedoch kein Lehramt und werden somit statistisch als Lehrkräfte ohne Lehramt geführt.

Darüber hinaus gibt es an beruflichen Schulen Fachrichtungen und Berufe, die so spezialisiert sind, dass es dafür kein einschlägiges Lehramtsstudium und damit keine ausgebildeten Berufsschullehrer gibt. Dies gilt z.B. für Spezialgebiete der Technik, die an Fachschulen unterrichtet werden müssen und für die man stundenweise nebenberufliche Lehraufträge in geringem Stundenumfang an Ingenieure oder Naturwissenschaftler vergibt. Aber auch in anderen Bereichen, so den dual ausgebildeten Gesundheitsberufen, werden z.B. Ärzte im Lehrauftrag beschäftigt, ebenso Rechtsanwälte in der entsprechenden Gehilfenausbildung.

Frage 2. Welche Abschlüsse haben die Personen, die in der Statistik unter „ohne Lehramt/sonstigem Abschluss“ geführt werden genau?

Die statistische Anzahl der Lehrenden ohne Lehramt ist eine Stichtagsabfrage. Zum Stichtag 1. Juli 2012 waren an beruflichen Schulen 1.459 Lehrende ohne Lehramt beschäftigt, davon drei Erzieherinnen und Erzieher und 25 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen.

Den übrigen Lehrkräften, die kein Lehramt besitzen, wird bei der Eingabe in SAP eine Unterrichtserlaubnis für den jeweiligen Schultyp (z.B.: UE Berufliche Schulen) zugewiesen. Diese Zuweisung erfolgt für Studierende, für Lehrkräfte mit Erster Staatsprüfung, für Lehrkräfte, die ein Universitätsdiplom besitzen, und für Lehrkräfte mit weiteren Abschlüssen. Einzelne personenbezogene Qualifikationen können, auch aus Datenschutzgründen, in SAP nicht gefiltert werden.

Frage 3. Wie beurteilt die Landesregierung die pädagogische Qualität der Lehrenden ohne Lehramt?

Die Beurteilung der fachlichen und pädagogischen Qualität der Lehrkräfte ohne Lehramt zur Erteilung einer Unterrichtserlaubnis erfolgt nach verschiedenen Fallgruppen durch die Staatlichen Schulämter bzw. das Amt für Lehrerbildung:

1. Das Amt für Lehrerbildung und die Staatlichen Schulämter können eine Unterrichtserlaubnis erteilen für Bewerberinnen und Bewerber, die die Eignung für einen Unterrichtseinsatz in einzelnen Fächern durch den Nachweis ihrer fachlichen Qualifikation, insbesondere durch die Teilnahme an besonderen Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen oder durch Überprüfung ihrer unterrichtlichen Fähigkeiten in Hessen erbracht haben (§ 1 Absatz 5 und § 4 Absatz 3 Nr. 2 der Verordnung zur Durchführung des Hessischen Lehrbildungsgesetzes - HLbGDV).

2. Die Staatlichen Schulämter können eine Unterrichtserlaubnis erteilen für Bewerberinnen und Bewerber, die gegen Stundenvergütung oder im Angestelltenver-

hältnis beschäftigt werden sollen und eine Erste Staatsprüfung für ein Lehramt oder beide Staatsprüfungen für ein Lehramt in anderen Bundesländern abgelegt haben, sofern diese Prüfungen den in Hessen vorgeschriebenen gleichwertig sind und die Beschäftigung in der Schulform erfolgt, für die die Prüfung abgelegt wurde (§ 4 Absatz 3 Nr. 1 HLbGDV).

**3.** Die Staatlichen Schulämter können eine Unterrichtsurlaubnis erteilen für Bewerberinnen und Bewerber, die gegen Stundenvergütung oder im Angestelltenverhältnis beschäftigt werden sollen und die Voraussetzungen der Nr. 1 und 2 nicht erfüllen, wenn ein unabweisbares Unterrichtsbedürfnis vorliegt und nachhaltige Bemühungen zur Gewinnung einer ausgebildeten Lehrkraft ohne Ergebnis geblieben sind (§ 4 Absatz 3 Nr. 3 HLbGDV).

*Frage 4.* Welche Möglichkeiten der Nachqualifizierung wird den Lehrenden ohne Lehramt von den Studienseminaren geboten?

**Möglichkeiten** zur Nachqualifizierung bestehen in Hessen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „besonderen berufsbegleitenden Verfahrens zum Erwerb einer einem Lehramt gleichgestellten Qualifikation“ (Quereinstieg - QuiS). Diese Bediensteten erhalten bei der Einstellung Nachqualifizierungsaufgaben, welche sie an Hochschulen,

Studienseminaren oder anderen Trägereinrichtungen der Lehrerbildung erfüllen müssen.

*Frage 5.* Welche Mittel stehen den Studienseminaren für diese Nachqualifizierung zur Verfügung?

**Den** Studienseminaren stehen für die Qualifizierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „besonderen berufsbegleitenden Verfahrens zum Erwerb einer einem Lehramt gleichgestellten Qualifikation“ (Quereinstieg - QuiS) pro Verfahrensteilnehmerin oder -teilnehmer 2,4 Arbeitszeitstunden wöchentlich zur Verfügung.

*Frage 6.* In welchem Umfang werden den Lehrenden Stundenermäßigungen zur Nachqualifizierung gewährt?

**Stundenermäßigungen** werden in Hessen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „besonderen berufsbegleitenden Verfahrens zum Erwerb einer einem Lehramt gleichgestellten Qualifikation“ (Quereinstieg - QuiS) gewährt. Den Schulen stehen pro Teilnehmerin oder Teilnehmer sechs Wochenstunden zur Verfügung, welche je nach Bedarf den Teilnehmenden selbst bzw. den Mentorinnen und Mentoren für Betreuungstätigkeit zugeteilt werden.

Wiesbaden, 8. August 2012

Nicola Beer

## Kommentar

**Die** Antwort der Kultusministerin auf die obige Kleine Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist ein typisches Beispiel dafür, wie ein Ministerium mit einem ernsthaften Problem (hier: 1.734 Lehrende an beruflichen Schulen ohne Lehramt oder Lehrbefähigung, immerhin 18,4% aller hauptamtlich Lehrenden bei ständig steigender Tendenz) umgeht, wenn die Anfrage von einer Oppositionspartei kommt.

**Da** werden vom HKM die 1.146 a.t. Fachlehrenden schlichtwegs zu dem angefragten Personenkreis „ohne Lehramt“ hinzugenommen, obwohl sie in der offiziellen Statistik eigens aufgeführt sind (s. Antwort zu Frage 1.). Außerdem werden stundenweis erteilte Lehraufträge dar-

in subsumiert, obwohl auch diese in der offiziellen Statistik eigens aufgeführt sind und zu dem angefragten Personenkreis hauptamtlich und hauptberuflich beschäftigter Lehrer/innen nicht gehören (s. Antwort zu Frage 1.).

**Die** Antworten zu den Fragen 4,5 und 6 zu den Möglichkeiten von Nachqualifizierungen der 1.734 hauptamtlich Lehrenden ohne Lehramt wird in diesen Antworten auf den kleinen Kreis der Quereinsteiger nach dem QuiS-Verfahren beschränkt, der gerade mal 150 Personen umfasst.

**FAZIT:** Die Antwort der (neuen) Kultusministerin ist in 70% der Aussagen falsch und vernebelt (wahrscheinlich vorsätzlich) das anstehende Problem mit dazu nicht passenden statistischen Daten und Erläuterungen.

**Sehr** geehrte Frau Beer, Sie sollten bei der Beantwortung von Anfragen der Oppositionsparteien die in Ihrem Ministerium entstehenden und Ihnen vorgelegten Antworten persönlich genau überprüfen, bevor sie als offizielle Antwort in das Parlament gehen. So manche Peinlichkeit – wie in diesem Falle – würde Ihnen dabei erspart.

**Anmerkung:** Die den Statistischen Berichten des Stat. Landesamtes entnommenen Zahlen der Lehrenden ohne Lehramt oder Lehrbefähigung, auf denen die Kleine Anfrage beruhte, waren im letzten Insider 2/2012 auf S. 6 abgedruckt.

Dieter Staudt

# VOM ARBEITSKAMPF ZUM KUNSTGENUSS

## ODER: DER KAMPF MIT DER KUNST

*Klausur der GEW-Landesfachgruppe Berufliche Schulen am 14./15.09.2012 in der Reinhardswaldschule in Fulda*

Am Freitagmorgen reisten Kolleginnen und Kollegen verschiedener Fachrichtungen aus ganz Hessen in Kassel zum traditionellen jährlichen Fachgruppenwochenende an.



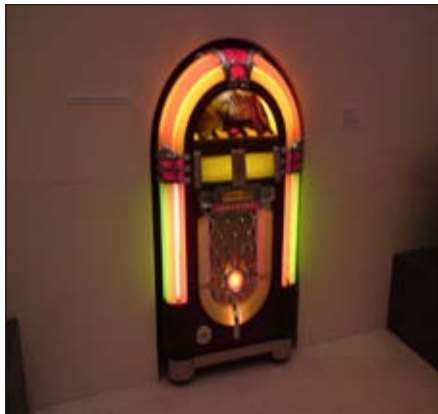
Zu Beginn wurde anhand der unterschiedlichen Erfahrungsberichte die Situation an den Schulen zum Schuljahresbeginn 2012/13 reflektiert. Vor dem Hintergrund der Zuweisung an die Beruflichen Schulen wurden die Probleme und Mängel der derzeitigen Lehr- und Unterrichtssituation auf das Heftigste kritisiert.

In der Diskussion um das Übergangssystem hat die Pressemitteilung von IG Metall Hessen und Hessenmetall unter dem Titel „Tarifvertrag zur Integration Jugendlicher in Berufsausbildung“ für Zustimmung gesorgt. Geplant ist danach ein Modell, bei dem förderungsbedürftige Jugendliche in sogenannten Förderbetrieben gezielt qualifiziert werden sollen. Dazu werden kleine Klassen in Beruflichen Schulen von IGM und Hessenmetall gefordert.

Der späte Nachmittag wurde mit einem Besuch der documenta13 abgerundet. Der Perspektivenwechsel von Verordnungen, Erlassen und landespolitisch bedingtem *Mangelmanagement* im schulischen Alltag zur „Weltkunstlandschaft“ in Ausstellungen und der Karlsaue sorgte noch beim abendlichen gemütlichen Beisammensein für Gesprächsstoff.

Wenn auch der Publikumsliebbling von Geoffrey Farmer „Leaves of Grass“ aus fünfzig Jahren „Life“-Magazin aufgrund des Besucherandrangs nicht in Ruhe gesehen werden konnte, so sorgte die Jukebox aus den Jugendtagen der Kolleginnen und Kollegen mit Revolutionssongs aus aller Welt im von Susan Hiller gestalteten Raum für wehmütige Erinnerungen.

Für die verschiedenen Fachrichtungen gab es unterschiedliche Ausstellungsschwerpunkte: Wurden die Techniker von den *Motoren* in der documenta-Halle (Künstler Thomas Bayrle) in den Bann gezogen, so faszinierte der er- und abschreckende „Mythos der Reparatur“ im Fridericianum die „Gesundheitler“. Korbinian Aigners „Äpfel“ zeigten in eindrucksvoller Farbenpracht und Vielfalt die Absurdität des scheinbar Banalen – die Dokumentation



der Vielfalt der Natur am Rande des Grauens der Vernichtungsmaschinerie des NS-Staates wirkte in seiner Schlichtheit bedrückend.

Was nach einhundert Tagen documenta für die Besucher in Erinnerung bleibt, was wichtig oder lohnenswert ist oder nicht, kann spätestens auf der documenta 14 im Jahr 2017 diskutiert werden.



Mit der Frage nach der Umsetzung der Ergebnisse der AG atFachlehrer zu den Themen Weiterqualifizierung, Aufstiegsmöglichkeiten und Pflichtstunden wurde inhaltlich der zweite Tag begonnen. Neben der Diskussion um die Umsetzung der Inklusion an Beruflichen Schulen nahm der Tagesordnungspunkt *Selbstständige Schule- Rechtlich selbstständige Schule* breiten Raum ein. Die kritische Auseinandersetzung mit SBS und die Entwicklung vor dem Hintergrund von Kleinem und Großem Budget an den Schulen wird auch weiterhin eines der zentralen Themen der Fachgruppe bleiben.

Alles in allem: eine gelungene Fachgruppenklausur, inhaltlich wie auch kulturell!

*Bettina Happ-Rohé*



# ZUR VERMEIDUNG DES LEHRENS UND LERNENS:

DER NEUE METHODENWAHN PROF. ANDREAS GRUSCHKA, UNI FFM

Mit der angekündigten Behandlung von Strategien zur Vermeidung des Lehrens und des Lernens (als einem der Irrwege der gegenwärtigen Reform) ist zunächst der Irrtum, der hier vorliegt, zu bestimmen.

Niemand – bei klarem Verstand – wird eine Verbesserung darin erblicken, das Lernen von Schülern zu vermeiden. Man mag zu verhindern suchen, dass sie das Falsche lernen, aber Lernen selbst vermeiden, das wäre unsinnig. Bei Strategien zur Vermeidung des Lehrens ist das schon anders. Die haben nämlich einen hohen reformpädagogischen Klang. Sie stehen z.B. in Verbindung mit der Rousseauschen Idee, die Erziehung in der Kindheit habe negativ zu sein, was meinte, sie solle so vonstatten gehen, dass das Kind Erziehung gar nicht merke, weil sie nicht als solche auftrete, um nicht zu sagen, auftrumpfe. Der pädagogische Zeigefinger ist in der Tasche zu verstecken. Comenius hebt ihn und verspricht mit seiner Didaktik, dass dank ihr die Lehrer weniger lehren und dafür die Schüler mehr lernen würden. In den hessischen Texten zur Kompetenzorientierung findet sich das in der wunderbaren Variation, bisher hätten die Lehrer nur gelehrt, nun aber würden die Schüler lernen. [...]

Wer den Hafen nicht kennt, in den er segeln will, für den ist kein Wind ein günstiger.

Seneca

Meine schon Jahre anhaltende Verstörung als empirischer Beobachter des alltäglichen wie wohl durch Reformen gekennzeichneten Unterrichts besteht nun darin, dass diese negative Korrelation: Je weniger Lehren, desto mehr Lernen, nicht aufgeht. Sie führt stattdessen dazu, dass komplementär mit der Vermeidung des Lehrens auch die Verhinderung des Lernens sich vollzieht. Das gut Gemeinte schlägt also um in das schlecht Gemachte und Wirksame.

Schuld daran ist nicht das Setzen auf die Eigentätigkeit des Schülers als seine Aktivierung, verantwortlich ist nicht schon die Abkehr von der Idee, man müsse ihm alles vormachen, ihn an der kurzen Leine zu den Ergebnissen führen, die man haben wolle. Vielmehr rührt die Fatalität der beiderseitigen Vermeidung daraus, dass zunehmend auf Methoden gesetzt wird, die als solche zwar vielfältige Aktivierung auslösen, diese aber Leerlauf betreiben. Wahn

wird daraus, wo man sich nicht mehr fragt, was diese Methodenkompetenz sowohl mit den Sachen macht, die immer noch mit unterrichtet werden sollen und wie die Schüler auf Methoden reagieren, die ihr Lernen dynamisieren sollen. Die innere Logik dieser Methoden führt letztlich dazu, dass mit dem Vermeiden der Belehrung das Lernen von etwas, was nicht die Methode selbst ist, weitgehend ausgeschlossen bzw. überflüssig gemacht wird. [...]

Bildung kommt nicht vom Lesen, sondern vom Nachdenken über das Gelesene.

Carl Hilty

Methoden fungieren nicht mehr als Mittel zum Ziele der Erschließung und des Verstehens von Inhalten. Es werden also nicht die Methoden unterrichtet, die man spezifisch benötigt, um Inhalte zu lernen. Die hier als Irrweg kritisierten Methoden koppeln sich von den Inhalten ab. Sie werden von Mitteln der Erkenntnisgewinnung zum Ziel des Lernens, so dass im besten Fall man nur noch sie selbst als Methoden erwirbt. Gerechtfertigt wird das damit, sie seien Universalmethoden, mit denen man alles bearbeiten kann. Das trifft auch zu. Aber die Bearbeitung löst sich dabei von der Erkenntnis der Sache ab. Inhalte dienen nur noch als Spielmaterial zur Einübung in die Methode.

Der Irrweg hat einen Namen: Heinz Klippert. Sein Methodentraining hat eine eminente Wirkung noch dort entfaltet, wo man gar nicht Klippert-Arbeitsbögen einsetzt. Auch in den fortgeschrittenen Anregungen zum kompetenzorientierten Unterricht als Befolgung von Bildungsstandards oder in der NeufORMATIERUNG der Prüfungsaufgaben, sei es als Präsentation, sei es als PISA-like Klassenarbeit findet sich dieser an Klippert anschließende Irrweg. [...]

Der Lehrer verschwindet als solcher, er ist nur noch Methodentrainer. [...] So mag engagierter Mitmachunterricht stattfinden, aber gleichzeitig wird das Lehren und Lernen entsorgt. Alle sind zufrieden und keiner merkt mehr, dass er um das betrogen wird, was allererst Unterricht lohnenswert machen würde.

# DIE SCHULINSPEKTION. EINE WOCHEN „WIE ES EUCH GEFÄLLT“.

**D**rei Wochen bis Schuljahresende. Prüfungen, Zeugnisstress, Schülerübergabe, Stundenplanung. Und angekündigte Schulinspektion in der zweiten Woche des neuen Schuljahres. Hysterisch sammelt die eigens eingesetzte „Steuerungsgruppe“ alles an Papier, was in der Schule so produziert wurde. Wenig systematisch, aber umfassend. 20 Ordner mit Papier entstehen. Sie sollen den Damen und Herren Schulinspektoren zur Vorbereitung der Inspektion überreicht werden. Neben diesen Dokumenten verlangt der Chefinspektor einen elektronischen Stundenplan, der in unserer Schule von der Schulgemeinde akzeptiert und so gewollt zentral überhaupt nicht existiert. Also wird schnell noch für Unterricht benötigte Arbeitskapazität in die Entwicklung einer Access-Datenbank geopfert. Was seit Jahrzehnten funktioniert wird unter dem „Diktat“ der Schulinspektion einfach für drei Wochen außer Kraft gesetzt. Natürlich ist man mit der neu entwickelten Software überhaupt nicht in der Lage, den an der Tafel im LehrerInnenzimmer entstandenen Stundenplan in der kurzen Zeit bis zur Inspektion zu erfassen. Der Chefinspektor erhält also nur Teilpläne aus zwei Datenbanken, bestimmt wird dies als großes Defizit einer effizient geführten Schule im Bericht stehen.

**B**is zu den Sommerferien werden täglich neue Dokumente zur Vorbereitung der Inspektion angefordert. Onlinebefragung-Tins für das Kollegium, Ausbildungsbetriebe und die Schüler werden ausgegeben. Der Wahnsinn des Schuljahresende läuft parallel zur Vorbereitung der Inspektion. Wen wundert es, dass die Schülerbefragung nur fragmentarisch läuft,

die jungen Leute habe bestimmt Besseres zu tun, als Fragen zu beantworten, die sie nicht verstehen können. Die Befragung des Kollegiums läuft natürlich auch fragmentarisch: wir sind im Zeugnisstress, organisieren die letzten Prüfungen und haben eigentlich wenig Zeit, Fragen zu durchdringen, die mit Schulwirklichkeit wenig zu tun haben und nur der Befriedigung operationalisierter Fragestellungen dienen.

Belange unserer Klientel werden einfach ignoriert. Sinnvolle Klassenbildungen, Aktualisierungen des Plans, Raumwechsel, Nachaufnahmen etc. finden nicht statt. Das könnte die Dame und die Herren Inspektoren stören. Realität wird ausgeblendet, das Schauspiel läuft.

**D**ie zweite Woche beginnt. Mit ihr eine richtige Hitzewelle, 27° - 30°, stehende Hitze in nicht klimatisierten Räumen. Dienstags erscheinen



**D**as neue Schuljahr beginnt. Auf der Dienstversammlung wird über die Durchführung der Inspektion vor Ort informiert. Der fiktive Stundenplan steht an der Tafel und abgeschrieben in zwei Datenbanken. Aber wir sind eine berufliche Schule mit vielen Unwägbarkeiten zu Schuljahresbeginn. Da die Damen und Herren Inspektoren aber den „gesteckten“ und abgeschriebenen Stundenplan für ihre Unterrichtsbesuche und die Erfassung der Schulrealität nutzen wollen, ist für die üblichen Änderungen in den ersten zwei Wochen des Schuljahres kein Platz und keine Gelegenheit. Wir führen also ein Schauspiel (frei nach Shakespeare: Wie es Euch gefällt) auf,

morgens um 08.00 Uhr die Dame und mehrere Herren des Inspektionsteams. Outfit vom Feinsten, richtige Unternehmensberater! Der für die Inspektoren vorgehaltene Unterrichtsraum hat innerhalb von Sekunden ein eigenes Schloss bekommen. Wie oft muss in der Schule auf Mängelbeseitigung gewartet werden, für die Unternehmensberatung geht es in Sekunden! Da der Raum natürlich keine Klimaanlage hat (wird das auch im Bericht stehen?) besorgt die Schulleitung sofort einen Ventilator, natürlich auch einen Zweiten für den Interviewraum. **E**rste Pause: Vorstellung der Unternehmensberater. Sie plätzen förmlich vor Energie, sind „gespannt“ auf die

Schule, wollen uns helfen. Wobei? Man stelle sich die Dame und die Herren im konkreten Unterricht der zweiten Schulwoche in neu gebildeten Klassen vor. In Räumen für 16 SchülerInnen, die mit 22 belegt sind, weil ja keine Gelegenheit bestand, die Klassen sinnvoll zu organisieren. Und natürlich in der täglichen Schulrealität ohne Ventilator.

Sie schwärmen aus. Finden einiges nicht, weil der theoretische Plan eben nicht Realität ist. Vermutlich wird auch dies im Bericht stehen. Es folgen Unterrichtsbesuche, Interviews des Verwaltungspersonals, von KollegInnen, von SchülerInnen. Es wird protokolliert, abgehakt und eingetragen. Alles sehr angenehm und moderat, aber mit Fragen, deren Sinn sich nicht unbedingt für die Schulrealität erschließt. Die Fragestellung beim Interview der „erweiterten Schulleitung“ scheint einzig in die

Richtung zu gehen, Defizite im Management der Schule, der schulinternen Kommunikation und den Abstimmungen untereinander zu belegen. Ein Ergebnis der Inspektion scheint in den Köpfen der Unternehmensberater festzustehen und dies muss nun durch die Interviews belegt werden.

Am Freitag verlassen die Dame und die Herren die Schule. Das Inspektorendienstzimmer wird natürlich nicht aufgeräumt. Die überlassenen Akten stehen in der folgenden Woche in dem nun wieder für Unterrichtsrealität nutzbaren Raum. Die eilfertig von der Schulleitung herbeigetragenen Getränke bleiben natürlich auch stehen. Mit drei Wochen Verspätung kann endlich die Anpassung der Pläne an die Schulwirklichkeit erfolgen.

Im Kollegium herrscht eine gewisse Ratlosigkeit, was diese Inspektion mit Interviews und Unterrichtsbesuchen

als Hilfe bringen könnte. Vermutlich wird im Bericht stehen, dass die Schule nicht in der Lage ist, einen elektronischen Stundenplan zu erstellen, die Klassenbildung nicht funktioniert und die verschiedenen Berufsfelder und Abteilungen der Schule nicht miteinander kommunizieren. Eigentlich ist es unerheblich, was in diesem Bericht steht. Wenn Theoretiker, weit weg von eigener Unterrichtserfahrung und auf dem Aufsteigertrip, Wirklichkeit beurteilen, sollte die Wirklichkeit dies nicht ernst nehmen. Schade ist nur, dass Mittel in Unternehmensberatung gesteckt werden, die in der Schule dringend gebraucht werden. Aber was soll man von einer Kultusbürokratie erwarten, die neue Behörden schafft (Landeschulamt), um die eigene Klientel zu versorgen anstatt einzugestehen, dass Bürokratie und Stellenaufblähung keine „gute“ Schule erzeugen.

Peter Eickelmann



## Grundlage der Schulinspektion

In einer 98 Seiten starken Broschüre dokumentiert das HKM – immerhin transparent – die Grundlagen für Schulinspektionen. Den 7 „Qualitätsbereichen“ Voraussetzungen und Bedingungen, Ziele und Strategien der Qualitätsentwicklung, Führung und Management, Professionalität, Schulkultur, Lehren und Lernen sowie Ergebnisse und Wirkungen werden 24 „Qualitätsdimensionen“ zugeordnet. Zu den „Dimensionen“ formuliert das HKM über 100 „Kriterien“. Bsp.: Zum Qualitätsbereich „Ziele und

Strategien der Qualitätsentwicklung“ wird u.a. die Dimension „Schulprogramm“ gegeben, dazu u.a. das Kriterium „Die Schule richtet sich an einem gemeinsamen pädagogischen Selbstverständnis aus“. Da das HKM den Inspektor/innen fürsorglich auch ein möglichst durch Ankreuzen handhabbares Instrumentarium liefern möchte werden dann zu guter Letzt auf 65 Seiten „Aufschließende Fragen und Anhaltspunkte zu den Kriterien der Qualitätsbereiche“ mitgeliefert. Einer qualifizierten Schulinspektion steht somit nichts mehr im Wege! (DS)

Während in der Vergangenheit im Wesentlichen über das sog. Übergangssystem geklagt wurde, gab es in letzter Zeit konkrete Vorschläge zur Reform des Übergangs. Die von MP Bouffier eingesetzte Fachkräftekommission hat ihren Bericht veröffentlicht. CDU und SPD äußerten sich zum Thema auf Bundesebene. Die Grünen Hessen haben konkrete Vorstellungen zur umfassenden Reform des Übergangs vorgelegt. IGM und Hessenmetall schlossen einen Tarifvertrag zur Integration Jugendlicher in Berufsausbildung ab. Die Bertelsmannstiftung veröffentlichte eine Studie zu den Kosten einer Ausbildungsgarantie.

# REFORM DES ÜBERGANGS

## **Bouffiers Fachkräftekommission**

Die Fachkräftekommission aus Experten von Wissenschaft und Sozialpartnern hatte die Aufgabe zu untersuchen, wie sich die Situation an den hessischen Arbeitsmärkten auf Grund des demografischen Wandels ändern wird und wie einem künftigen Mangel an Fachkräften entgegengewirkt werden kann. Die Empfehlungen für die Berufsbildung: Ausbau der Berufs- und Studienorientierung in der SEK I, deutliche Reduzierung der Anzahl der Jugendlichen im Übergangsbereich, Erhöhung der faktischen Durchlässigkeit des Bildungssystems. Die Empfehlungen bleiben sehr unkonkret. Da waren die Experten schon weiter, als sie im Frühjahr den Berufsbildungskonsens formulierten, der von Allen außer der Landesregierung mitgetragen wurde.

## **CDU und SPD Bund**

Der Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation der CDU hat im Juli 2012 ein Positionspapier Übergang Schule – Beruf beschlossen. Die CDU fordert eine frühzeitige und praxisnahe Berufsorientierung. Für schulmüde Jugendliche sollen Formate des produktiven Lernens - wie in Produktionsschulen - flächendeckend angeboten werden. Wer im Vorfeld Unterstützung benötigt, soll eine möglichst betriebliche Ausbildungsvorbereitung erhalten. Sie soll so gestaltet sein, dass man sie auf die Ausbildung anrechnen kann. Für Auszubildende mit größerem Unterstützungsbedarf will die CDU von weiteren Modellversuchen absehen und stattdessen das Modell der assistierten Ausbildung flächendeckend einführen. Um Ressourcen und Angebote regional zu bündeln und abzustimmen, schlägt die CDU die Einrichtung von „Jugendserviceagenturen“ vor.

Sie sollen an der kommunalen Verwaltungsspitze angesiedelt sein.

Bereits im Juni hatte die SPD in einem Antrag an den Deutschen Bundestag ihre Forderung nach einer Ausbildungsgarantie erneuert. Wie auch die CDU setzt die SPD auf den systematischen Ausbau der persönlichen Begleitung und Beratung, die Verankerung der Berufsorientierung in den Curricula und in der Ausbildung der Lehrkräfte, die gezielte Ausrichtung der Einstiegsqualifizierung an Zielgruppen, die Stärkung der Berufseinstiegsbegleitung und eine Verbesserung des Übergangsmanagements. Für junge Alleinerziehende fordert die SPD den Ausbau der Teilzeitausbildung und die Verbesserung der Bedingungen der Kinderbetreuung.

## **Grüne Hessen**

Wesentlich konkreter sind die Vorstellungen der Grünen Hessen, die deren bildungspolitischer Sprecher Mathias Wagner im September 2012 vorlegte.

Auch die Grünen Hessen wollen eine Ausbildungsgarantie und setzen in der Schule an: „Kontinuierliche Lebens- und Arbeitsweltorientierung in der Sekundarstufe 1 und systematische Begleitung der Jugendlichen von Klasse 7 bis zum Abschluss der Berufsausbildung oder der Studienqualifizierung“ ist Grundlage ihres Konzepts. Die Begleitung soll von Landkreisen und kreisfreien Städten organisiert werden.

Nach der Sekundarstufe I soll es dann neben den studienqualifizierenden Bildungsgängen nur noch die Berufsausbildung im dualen System, ein Ausbildungsvorbereitungsjahr und eine betriebsnahe geförderte Berufsausbildung geben. Für alle Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag ist am Ende der Sekundarstufe I eine Beratung verbindlich.

Aufgrund des Ergebnisses des Beratungsgesprächs geht der Jugendliche in das Ausbildungsvorbereitungsjahr, in Produktionsschulen oder in die geförderte vollqualifizierende Berufsausbildung.

Während der geförderten Berufsausbildung wird über betriebliche Praktika und Kooperationsvereinbarungen mit Betrieben eine Überleitung in ein duales Ausbildungsverhältnis – insbesondere nach dem 1. Ausbildungsjahr – unter voller Anrechnung angestrebt. Am Ende der Ausbildung steht ein Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach BBiG oder in besonderen Fällen nach Landesrecht. In der geförderten Berufsausbildung soll eine angemessene Ausbildungsvergütung bezahlt werden. Sie kann bei anerkannten Ausbildungsstätten in staatlicher oder freier Trägerschaft oder in beruflichen Schulen durchgeführt werden.

Das Ausbildungsvorbereitungsjahr kann in beruflichen Schulen oder bei Trägern absolviert werden. Ziel ist es, junge Menschen zur Aufnahme einer Ausbildung zu befähigen. Dabei können zusätzlich der Haupt- bzw. der Realschulabschluss nachgeholt werden. Am Ende des Jahres steht der Übergang in eine duale Ausbildung, eine geförderte Ausbildung oder einen studienqualifizierenden Bildungsgang. In Einzelfällen kann die Ausbildungsvorbereitung auch auf zwei Jahre verlängert werden.

Produktionsschulen als besondere Form des Ausbildungsvorbereitungsjahrs werden bei anerkannten Trägern in kommunaler Steuerung eingerichtet bzw. gefördert. Produktionsschulen können aber auch als Teil der beruflichen Schulen realisiert werden.

### **Tarifvertrag IGM-Hessenmetall**

Die IG Metall hat am 15. August 2012 im Tarifbezirk Mitte mit dem Arbeitgeberverband Hessenmetall einen „Tarifvertrag zur Integration Jugendlicher in Berufsausbildung“ vereinbart. Jugendliche ohne Schulabschluss sollen eine Fördermaßnahme zwischen sechs und zwölf Monaten im Betrieb durchlaufen können. Bestandteile des Fördervertrages sind die Integration in den Betriebsablauf und eine individuelle Förderung des Jugendlichen entlang eines gezielten Förderplans. Eine Übernahme in eine Ausbildung ist nicht verpflichtend aber angestrebt. Die IG Metall fordert das hessische Kultusministerium auf, den Tarifvertrag positiv zu begleiten und kleinere Berufsschulklassen zu ermöglichen, damit förderungsbedürftige Jugendliche gezielt qualifiziert werden können.

### **Studie: Kosten der Ausbildungsgarantie**

Die Bertelsmann Stiftung veröffentlichte im September

2012 eine Studie des Bildungsökonom Klemm zu den Kosten einer Ausbildungsgarantie. Aus der Studie geht hervor, dass eine Ausbildungsgarantie den Staat jährlich 1,5 Milliarden Euro kostet. Klemm errechnet in seiner Studie, dass der Staat für jeden, der erst aufgrund der Ausbildungsgarantie eine Ausbildung erhält, etwa 11.000 Euro zusätzlich aufwenden muss. Dem gegenüber stehen 22.000 Euro, die der Staat gewinnt: durch höhere Einnahmen wie Lohnsteuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ebenso wie durch sinkende Ausgaben für Arbeitslosengeld sowie Sozialleistungen. Die Erträge einer Ausbildungsgarantie sind für die Gesellschaft insgesamt und für jeden Einzelnen noch weit höher. Denn der Abbau des Fachkräftemangels steigert gleichzeitig das Wirtschaftswachstum, die individuellen Einkommenserwartungen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

### **Fazit**

Die Vorschläge von CDU, SPD und Grünen bestätigen das Zukunftsmodell der GEW Hessen, wobei die Vorstellungen der Grünen Hessen am konkretesten werden und bis auf wenige Details mit unseren Vorstellungen übereinstimmen. Die SPD Hessen denkt in die gleiche Richtung, jedoch sind deren Vorstellungen noch in der internen Diskussion. Bei den die Landesregierung tragenden Parteien scheidet man anscheinend konkretere Aussagen. Wie sonst ist die Ablehnung des mit handfesten Vorgaben versehenen Berufsbildungskonsenses zu deuten?

Die Zurückhaltung bei konkreten Aussagen scheint in der Frage der Finanzierung begründet. Die von Klemm berechneten zusätzlichen 1,5 Mrd. € pro Jahr müssen aufgebracht werden. Hier könnte es zu Dissensen zwischen GEW und Grünen Hessen kommen. Mathias Wagner erklärte in der Pressekonferenz, dass ihr Modell ohne zusätzliche Ressourcen durch Umschichtung, Effektivierung und Bündelung umsetzbar sei. Eine Möglichkeit, zusätzliche Ressourcen zu generieren, zeigt die IG Metall auf. Durch die Festschreibungen im Tarifvertrag werden erstmals auch die Unternehmen an der Finanzierung der Ausbildungsvorbereitung direkt beteiligt. Hier ist aber abzuwarten, inwieweit und wie der Tarifvertrag umgesetzt wird.

*Ralf Becker*

*Weitere Infos - Bericht der Fachkräftekommission, CDU Positionspapier, SPD-Antrag, Positionspapier der Grünen Hessen, Klemm-Studie, Tarifvertrag IGM-Hessenmetall – können angefordert werden:*

[r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)

# hprll

Am 16.8. erstattete die neue Hausspitze, Kultusministerin Beer und Staatssekretär Lorz, dem HPRLL ihren Antrittsbesuch. Der HPRLL sprach Probleme bei der Zusammenarbeit, die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte und die aktuell politischen Vorhaben an.

Hauptthemen im Hauptpersonalrat waren die Umsetzung der Inklusion, das **Schulverwaltungsorganisationsstruktureformgesetz**, die Haushaltsanforderungen des Ministeriums an den Doppelhaushalt 2013/14 und die Situation an den Studienseminaren. Im beruflichen Bereich standen die Stellenzuweisung für die beruflichen Schulen, der Erlass zur unbefristeten Einstellung von Verwaltungskräften für Landesaufgaben an SBS, die Lehrpläne für Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen nach § 66 BBiG und die LiV-Einstellungen zum 1.11. auf der Tagesordnung, außerdem die Aktivitäten des Ministeriums in Schulleiterdienstversammlungen zu den Vollzeitformen.

## **S**te ll en zu weis un g an di e be ru fli che n Sch u len

Schon vor den Sommerferien hatte der HPRLL eine Nachsteuerung bei der Zuweisung für die Beruflichen Schulen angemahnt, die Mehrklassen aufgrund höherer Anmeldungen bilden müssen. (vergl. Insider 2/2012). Im Zuweisungserlass Stand 27.6. heißt es „Ende August / Anfang September erfolgt eine Nachsteuerung ... bei Mehrbedarf auch bei beruflichen Schulen.“ Diese ist anscheinend erfolgt, da den Beruflichen Schulen im neuesten Zuweisungserlass Stand: 17.9. mehr Stellen zur Verfügung stehen und es nach den Ferien keine Mehrbedarfsmeldungen von Schulen gab. Die vom HPRLL angemahnte nicht ausreichende Abdeckung der Stundentafel in der Berufsfachschule und die fehlende Stunde in der FOS zur Praktikumsbetreuung wurden jedoch nicht zugewiesen. Von daher können die Schulen in der BFS die Stundentafel nach neuer Verordnung nicht umsetzen und in der FOS nicht die notwendige Praktikumsbetreuung realisieren. Eine 100%ige Zuweisung ist somit offensichtlich nicht realisiert.

Im letzten *insider* hatte ich über einen Erlass des HKM

zur Fortführung von Klassen an beruflichen Vollzeitschulen berichtet. In den Sommerferien gab es ein Gespräch zwischen der Schulleiterorganisation, AGD, und der Ministerin zum Thema. Ergebnis war die Gründung einer Arbeitsgruppe mit Vertretern der AGD. Der HPRLL hat den Erlass ebenfalls mit dem HKM diskutiert. Neben der formalen Kritik, dass der Erlass vorher nicht mit dem HPRLL erörtert wurde, hat der HPRLL dem Ministerium die Problematik des Erlasses aufgezeigt. Das HKM gelobte Besserung bei der Einhaltung formaler Beteiligungsrechte und erklärte, dass die Inhalte des Erlasses noch nicht festgeschrieben seien und in der Arbeitsgruppe noch verhandelt werden könnten. Ergebnisse, die dann wieder mit dem HPRLL verhandelt werden müssen, liegen noch nicht vor.

**Erster Erfolg:** Über Rundmail an alle Schulen wurde der Erlass zurückgezogen und auf die oben erwähnte Arbeitsgruppe verwiesen.

## **B**er u fe na ch § 66 BB i G

Das Thema Inklusion kommt auch in den beruflichen Schulen an. Erste Zeichen sind die Lehrpläne entsprechend den Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen nach § 66 BBiG bzw. § 42m HWO. Entsprechend diesen Paragraphen sind für behinderte Menschen, die nicht in der Lage sind, trotz Unterstützungsmaßnahmen nach § 64 BBiG oder trotz Nachteilsausgleich nach § 65 BBiG eine Ausbildung abzuschließen, eigene Ausbildungsregelungen zu treffen. Dem HPRLL wurden Lehrpläne für Fachpraktiker Kochen, Gartenbau und Holzbearbeitung vorgelegt. Der HPRLL kritisierte die Lehrpläne in Bezug auf die Formulierungen zum betroffenen Personenkreis, der viel zu weit beschrieben wurde. Die Dienststelle versicherte, die Anmerkungen des HPRLL zu übernehmen.

## **L**i V - E in st el l un g zu m 1.11.

Zum 1.11. standen für den Bereich der beruflichen Schulen 143 Stellen für LiV zur Verfügung. Im Hauptverfahren lagen nur 103 Bewerbungen vor und 16 für den

Quereinstieg. Damit waren erst einmal 24 Plätze unbesetzt, die noch im Nachrückverfahren besetzt werden können. Erschreckend sind die Zahlen in den Mangelfächern Metall, Druck, ET und Informatik. In Metall gibt es vier Bewerber, in Druck einen, in ET einen Quereinsteiger und in Informatik auch nur einen.

Anfang Oktober hatten 40 Bewerber/innen abgesagt. 31 Nachrücker/innen wurden Angebote unterbreitet. Es ist somit davon auszugehen, dass zum 1.11. weniger als 100 LiV ihre Ausbildung an den Studienseminaren antreten werden. Alarmierende Signale für die zukünftige Versorgung der Beruflichen Schulen mit ausgebildeten Lehrkräften.

## **A**ktivitäten des HKM zu Vollzeitformen

Die Vollzeitformen BFS und HBFS waren in den letzten Monaten Thema von mehreren Schulleiterdienstversammlungen in den Staatlichen Schulämtern. Dabei ging es nach Aussage der Fachabteilung um eine Feststellung des Ist-Stands in Bezug auf Anmeldezahlen in den verschiedenen Berufsfachschulen und die möglichen Planungen zu den Berufsfachschulen und den Fachrichtungen. Das Ministerium plädierte für eine Kooperation zwischen den Schulen zur Festlegung von Vollzeitschulformen und Fachrichtungen, eine Abschaffung der BFS oder HBFS oder einzelner Fachrichtungen sei nur für den Fall geplant, dass für die Jugendlichen vollwertige Alternativen vorhanden seien.

## **V**erwaltungskraft für Landesaufgaben an SBS

Die Dienststelle legte dem HPRLI einen Erlass vor, wonach es Selbständigen Schulen ermöglicht werden soll,

anstelle einer Lehrkraft eine Verwaltungskraft für Landesaufgaben unbefristet einzustellen. Für die Verwaltung an Schulen sind eigentlich Verwaltungskräfte des Schulträgers (Schulsekretariate) zuständig. Stellen für Verwaltungsaufgaben des Landes existieren bisher lediglich in der Schulverwaltung, aber nicht an Schulen. Auch die sv+-Verwaltungskräfte wurden im Schulamt geführt. Die Verwaltungskraft soll auf eine Stelle für Lehrkräfte eingestellt werden, also aus der Unterrichtsversorgung entnommen werden.

In einer ersten Erörterung fragte der HPRLI nach der Begründung für eine solche Stelle, nach deren Stellenbeschreibung und nach dem Verfahren der Stellenbesetzung. Das HKM begründete die Stellen einzig mit dem Wunsch der Schulleiter/innen und erklärte, dass diese für die Stellenbeschreibungen verantwortlich seien. Das Verfahren zur Stellenbesetzung sei noch nicht beschrieben. Die Erörterung wurde einvernehmlich vertagt und vereinbart, dass die Erörterung wieder aufgenommen werde, wenn das Ministerium eine Verfahrensbeschreibung zur Stellenbesetzung vorlege.

Aufgrund des Erlasses hat sich der GEW Landesvorstand mit der Thematik befasst und nach intensiver Diskussion unten stehenden Beschluss gefasst. Trotz dieser ablehnenden Beschlusslage der GEW wird der HPRLI, wenn das HKM dies dennoch umsetzen will, die Diskussion intensiv führen, um eine möglichst hohe Rechts- und Verfahrenssicherheit für Schulleitungen und Personalräte zu erreichen.

*Ralf Becker*

*Stellungnahme der GEW Hessen zum Erlass „Einstellung von Verwaltungskräften an SES/SBS und Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung“*

### — Beschluss des GEW Landesvorstands vom 29. September 2012 —

1. Die GEW Hessen erklärt, dass Verwaltungsarbeiten für Landesaufgaben grundsätzlich von der Schulverwaltung und nicht in den Schulen zu erledigen sind. Sie wiederholt in diesem Zusammenhang ihre Forderung nach einer Aufgabenkritik der Schulverwaltung zusammen mit den Beschäftigten in der Schulverwaltung.
2. Die GEW Hessen fordert für Verwaltungsarbeiten, die unmittelbar mit der pädagogischen Arbeit verknüpft sind, eine spürbare Erhöhung des Schuldeputats, eine Reduzierung der Pflichtstunden und eine Klassenführungsstunde.
3. Die GEW Hessen weist darauf hin, dass nach ihrer Auffassung die Gesamtkonferenz über die Unterrichtsversorgung entscheidet, die über die verpflichtende Abdeckung der Stundentafel hinausgeht.
4. Die GEW Hessen fordert, die Schulen von Verwaltungsaufgaben zu entlasten und die Schulverwaltung mit den notwendigen Stellen auszustatten.
5. Die GEW Hessen lehnt eine Finanzierung von Verwaltungskräften für Landesaufgaben aus der Unterrichtsversorgung ab. Wenn das HKM der Auffassung ist, dass Verwaltungskräfte für Landesaufgaben an Schulen notwendig sind, sind hierfür zusätzliche Stellen zu schaffen und dann für alle Schulen. In diesem Zusammenhang wiederholt die GEW Hessen ihre Forderung an die Schulträger, Stellen für Assistenzen und Schulsozialarbeit für alle Schulen zu schaffen. Die GEW Hessen fordert die hessische Landesregierung auf, sich an der finanziellen Ausstattung angemessen zu beteiligen.

# INITIATIVE INKLUSION

## MEHR AUSBILDUNG UND BERUFSORIENTIERUNG

Das Bund-Länderprogramm „Initiative Inklusion“ will mehr Ausbildung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen erreichen.

Rund 100 Millionen Euro aus dem Ausgleichsfonds stehen während der achtjährigen Laufzeit von 2011 bis 2018 bundesweit zur Verfügung. Das Programm ist Teil des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, ebenso des Hessischen Aktionsplanes.

Das Programm setzt u.a. folgende Schwerpunkte (Handlungsfelder):

- ☞ Förderung der beruflichen Orientierung für schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler - Laufzeit 2011 bis 2014
- ☞ Förderung von betrieblichen Ausbildungsplätzen und der Hinführung zu Ausbildung und Beschäftigung - Laufzeit 2011 bis 2016

### **Berufsorientierung schwerbehinderter Schülerinnen und Schüler**

In den nächsten 2 Jahren sollen schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf beruflich intensiv orientiert werden. Zu den Kerninhalten neben einer Potenzialanalyse gehören insbesondere berufliche Praktika. Sie sollen vorrangig in Betrieben durchgeführt, begleitet und für den anschließenden Orientierungsprozess ausgewertet werden. Neben den Schülerinnen und Schülern selbst werden auch Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte und die zuständigen Leistungsträger beteiligt. Mittelfristig soll so ein breites Angebot an Berufsorientierungsmaßnahmen aufgebaut werden. In Hessen stehen für die Erreichung

dieser Ziele 3,4 Mill. € zur Verfügung. Für die Umsetzung sind die Berufsbildungswerke (BBW) Nord- und Südhessen verantwortlich.

### **Betriebliche Ausbildung schwerbehinderter Jugendlicher in anerkannten Ausbildungsberufen**

In den nächsten 5 Jahren werden bundesweit 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, mit dem Ziel, 1.300 neue betriebliche Ausbildungsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu

### **Kommentar**

Das Berufsorientierung von Schwerbehinderten angegangen wird, ist zu begrüßen. Es ist aber schon erstaunlich, dass dies anscheinend bisher nicht auf der Agenda stand. Auch die Förderung von Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Jugendliche ist prinzipiell zu befürworten. Ob aber Prämien zur Förderung von Ausbildungsplätzen ausreichen ist fraglich. Was fehlt ist die Förderung von In-



schaffen. In Hessen sollen über 100 Ausbildungsplätze geschaffen werden. Es handelt sich um Prämienvergütungen an potenzielle Ausbildungsgeber (5.000-10.000 € pro Ausbildungsplatz) und Strukturförderung im Sinne von Heranführungs- und Begleitungsmaßnahmen. Auch dieser Teil wird mit den BBW als verantwortlichen Maßnahmeträgern durchgeführt.

Auszüge von der Homepage des Hessischen Sozialministeriums. Weitere Informationen können bei der Redaktion ([r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)) anfordern.

klusionskompetenz in den beruflichen Schulen. Hier hat anscheinend das HKM geschlafen und es ist dringend geboten, dass das Ministerium und die berufliche Fachabteilung sich mit dem Thema Inklusion in der beruflichen Bildung befassen und die Schulen nicht mit der Problematik alleine lassen. Denn das Grundrecht auf Inklusion, nämlich, dass Menschen mit und ohne Behinderung von Anfang an gemeinsam in allen Lebensbereichen selbstbestimmt leben und zusammenleben, gilt auch für die berufliche Bildung.

Ralf Becker



# FACHLEHRER/INNEN FÜR ARBEITSTECHNISCHE FÄCHER

Nachstehende Resolution wurde gerichtet an den Hess. Landtag, die dort vertretenen Fraktionen, die beteiligten Ministerien, Gewerkschaften und Lehrerverbände, Schulleitungen, Personalräte und Koordinator/innen beruflicher Schulen, die Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an beruflichen Schulen sowie den Hauptpersonalrat. Die vier Forderungen sind jeweils ausführlich begründet.

**Die vollständige Resolution mit Begründungen kann bei der Redaktion angefordert werden.**

Mit dieser Resolution fordert die Arbeitsgemeinschaft „Netzwerk der Koordinatorinnen und Koordinatoren für Fachpraxis an beruflichen Schulen in Mittelhessen“ den Hessischen Landtag sowie die im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen auf, Rahmenbedingungen für die Höhergruppierung und Weiterqualifizierung von Fachlehrerinnen und Fachlehrern für arbeitstechnische Fächer („FLatF“) sowie der Koordinatorinnen und Koordinatoren für Fachpraxis an beruflichen Schulen zu schaffen.

## Konkret fordern wir:

1. Allen FLatF soll die Möglichkeit der Aufstiegsbeförderung nach Besoldungsgruppe A 12 über ein Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren eröffnet werden.

2. Die Vergütung der Koordinatorinnen und Koordinatoren für Fachpraxis an beruflichen Schulen erfolgt nach Besoldungsgruppe A 13.

3. Interessierten FLatF und Koordinatorinnen und Koordinatoren für Fachpraxis soll die Möglichkeit einer Weiterqualifizierung mit Überleitung in den höheren Dienst nach einer Zusatzausbildung unter akzeptablen Bedingungen (berufsbegleitendes Studium mit Freistellung für einen Unterrichtstag an der Stammschule) ermöglicht werden.

4. Gleichstellung des Abschlusses in den Berufsfeldern „Gesundheit“, „Sozialpädagogik“ sowie „Wirtschaft und Verwaltung“ (z. B. Staatsexamen als „Medizinisch-technische Assistentin“ oder „Altenpfleger(in)“, „staatliche Prüfung für Lehrer der Bürowirtschaft“, Text- oder Informationsverarbeitung“ oder mit denen anderer Be-

rufsfelder (Erwerb der allgemeinen Hochschulreife analog zum Abschluss der Meister- oder Technikerprüfung - § 63 HHG 2005).

## Resümee:

Aufgrund der oben aufgeführten Gründe wird deutlich, dass sich das Berufsbild von FLatF seit den 1960er Jahren grundlegend gewandelt hat. Antworten des Hessischen Kultusministeriums und Vertretern der Landtagsfraktionen auf frühere Resolutionen ziehen sich immer wieder auf die Argumentation zurück, dass eine Höhergruppierung und/oder Weiterqualifizierung aufgrund formaler laufbahn- und besoldungsrechtlicher Vorschriften sowie finanzieller Gegebenheiten nicht möglich ist.

Die in dieser Resolution genannten Gründe belegen eindeutig, die Besoldung nach Besoldungsgruppe A 12 bzw. A 13 anzuheben und damit nicht eine Berufsgruppe im gehobenen Dienst willkürlich zu deckeln und engagierten FLatF eine berufliche Weiterqualifizierungsperspektive zu eröffnen.

*Diese Resolution wurde in einer AG-Netzwerksitzung am 20. Juni 2012 in Limburg einstimmig beschlossen.*

## Fachlehrende als Klassenlehrer/innen?

Immer wieder erreicht uns die Anfrage, ob a.t. Fachlehrende die Funktion als Klassenlehrer/in übernehmen müssen und die Rechtsgrundlage abgefragt. Hierzu ist folgendes festzustellen. In der hessischen Dienstordnung § 9(1) heißt es: „Lehrkräfte sind verpflichtet, das Amt einer Klassenlehrerin oder eines Klassenlehrers zu übernehmen.“ Mit

dem in der DO durchgängigen Begriff „Lehrkräfte“ wird somit nicht unterschieden z.B. in Fachlehrende oder Theorielehrende. D.h. umgekehrt, dass auch Fachlehrende zur Klassenführung herangezogen werden und dies auch nicht ablehnen können. Jahrzehntlang zurückliegende Verfügungen z.B. des RP Darmstadt sind demnach längst nicht mehr gültig. Gleichwohl ist das Ansinnen von Fachlehrenden, aufgrund schlechterer Besoldung und erhöhter Unterrichts-

stunden gegen ihren Willen nicht zur Klassenführung herangezogen zu werden, mehr als verständlich.

## Unser Vorschlag:

Durch Beschluss einer Gesamtkonferenz oder in einer Dienstvereinbarung zwischen Personalrat und Schulleiter/in wird dringlich empfohlen, dass Fachlehrende nur in unabweisbaren Fällen gegen ihren Willen zur Klassenführung herangezogen werden können. *Die Redaktion*

# neue Publikationen

## Kaltes Land

Deutschland ist ein Land der Widersprüche geworden. Während auf der einen Seite Wohlhabende finanziell entlastet und Banken mit Milliardenbürgschaften gestützt werden, stehen ihnen auf der anderen Seite fast sechs Millionen Menschen gegenüber, die von geringen Hartz-VI-Leistungen leben müssen. Hinzu kommt eine wachsende Zahl an Geringverdienenden und prekär Beschäftigten. In dem Buch „Kaltes Land. Gegen die Verrohung der Bundesrepublik“ schildern Betroffene ihren Alltag mit geringen staatlichen Leistungen, berichten von ihrem Kampf um Würde. Wissenschaftler wie der Armutsforscher Christoph Butterwege oder der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach zeigen auf, welches System von Politik und Wirtschaft hinter den Hartz-Gesetzen steckt. Außerdem geht es darum, Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen, zum Beispiel über eine Umverteilung von Arbeit. Das Buch ist ein Plädoyer für eine menschengerechte Wirtschaft. ISBN 978-3942281249.

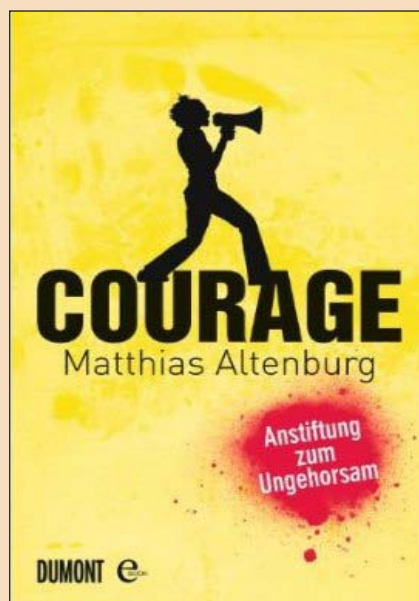
**Heike Langenberg**

## Courage

**Anstiftung zum Ungehorsam  
DuMont Buchverlag Köln**

- Wie eine Meinung entsteht
- Wie man durch Armut reich wird
- Wofür Kriege gebraucht werden
- Weshalb unsere T-Shirts zu billig sind
- Warum Demokratie schön, aber anstrengend ist
- Wie man uns mit der Wahrheit belügt

Wer die Welt verändern will, muss sie



verstehen – Das kleine Buch zur großen Wut! Der Autor Matthias Altenburg erklärt seiner sechzehnjährigen Tochter Paula in fünfzig kurzen Kapiteln die Welt – und liefert nicht wenige Gründe, um ungehorsam zu sein, egal in welchem Alter.

Eine Handreichung für Schüler, Studenten, Auszubildende, Eltern, Lehrer, Sozialarbeiter, Gewerkschafter und für alle, die sich das Selberdenken nicht nehmen lassen.

## Die drei Welterklärer

Im Plauderton erzählen der Astrophysiker Harald Lesch, der Päläobiologe Friedemann Schrenk und der Hirnforscher Manfred Spitzer, was die Wissenschaft heute weiß:

Über den Urknall, in dem das Universum seinen explosiven Anfang nahm,

über den Zündfunken, der in der chemischen Suppe das Phänomen Leben anfachte, und

über den Blitz in den Gehirnen des homo sapiens, der Bewusstsein und Selbstbewusstsein unserer Gattung entflammen ließ.

Dreieinhalb Stunden dauert dieser witzige Dialog, in denen die 13,7 Milliarden Entwicklungsjahre der bekannten Raumzeit kurzweilig zusammengefasst werden.

**BIG BANG**, Galila-Hörbücher 3 CD, ISBN 978-3-902533-28-9

„...Folge uns, weil es der richtige Weg ist und es für eine Ausbildung niemals zu spät ist. Blick in die Zukunft, ich sag es Dir, so viele Dinge warten hier...“

Aus dem Song zum Filmbeitrag BIST DU BEREIT?

# „MEINE AUSBILDUNG 2012“

## 3. PLATZ BEIM WETTBEWERB DES HR

Mit stolzgeschwellter Brust nahmen Schüler/innen der Klasse 12BI1w der Landrat-Gruber-Schule (LGS) in Dieburg am 16. Mai 2012 im Funkhaus des HR ihren 3. Preis entgegen. Wie kam es dazu?

„Ausbildung? Das ist doch noch so weit weg!“ Aber das Thema ist wichtig - und wird doch immer wieder auf die lange Bank geschoben. Der Wettbewerb „Meine Ausbildung - Schüler führen selbst Regie“ ([www.meine-ausbildung.hr-online.de](http://www.meine-ausbildung.hr-online.de)) versucht das zu ändern, indem sich die Schüler/innen über Kamera und Mikrofon dem Thema nähern. So eröffnen sich Experimentieräume für mediale Ausdrucksformen und sie erwerben Medienkompetenz. Das Thema Ausbildung rückt dabei wie von selbst ins Zentrum und wird plötzlich wichtig.

Der Hessische Rundfunk (hr) hatte deshalb zum vierten Mal alle hessischen Schüler/innen ab der 8. Klasse zur Teilnahme am Videowettbewerb „Meine Ausbildung“ aufgefordert, mit Preisgeldern im Gesamtwert von über 11.000 Euro. Außerdem wurden die 10 besten Siegerfilme im hr-Fernsehen ausgestrahlt.

Schüler/innen konsumieren dadurch nicht nur Fernsehen, sondern sie können selbst Regie führen: Sie treffen selbst die Entscheidungen über Form und Inhalt ihrer Botschaft. Somit erlaubt dieses Projekt den aktiven Umgang mit dem Medium Film zu er-

lernen sowie Inhalte aus Schülersicht filmisch für Zuschauer zu vermitteln. Neben der Stärkung der Medienkompetenz Jugendlicher an hessischen Schulen fördert die gemeinsame Filmarbeit so wichtige Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit und Kreativität.

Die Bandbreite der Filme konnte sich von konkreten Berufsbildern über den



Ablauf von Vorstellungsgesprächen bis hin zu Dokumentationen über die Situation von Ausbildungsangeboten in der Region erstrecken.

### Projekttablauf und Durchführung

Die Ideensuche in der Klasse 12BI1w (Höhere Berufsfachschule für Informationsverarbeitung an der LGS) begann im November 2011. Was sollte, wie, wo und mit welchen Berufen filmisch umgesetzt werden? Gedanken und Ideen wurden gesammelt und wieder verworfen. Es wurde gemeinsam diskutiert und Entscheidungen getroffen.

Zusätzlich wurde durch das Institut für Medienpädagogik und Kommunikation – Landesfilmdienst Hessen e.V. (MuK) eine Einführung in die Filmarbeit angeboten, in der die Schüler/innen anhand von ausgewählten Filmsequenzen filmische Gestaltungselemente kennen gelernt und analysiert haben.

Nach dem ersten Brainstorming traf die Klasse recht schnell die Ent-



Preisträger im Gespräch mit der Moderatorin (rechts)

scheidung, zunächst einen Hip-Hop Song zu schreiben und aufzunehmen, der sich inhaltlich mit dem Thema auseinandersetzt und die akustische Basis für einen Videoclip bilden sollte. Ziel war es, ein positives Gefühl für die Berufswahl, eine Art Aufbruchsstimmung auszudrücken. Den Refrain besetzten die Schülerinnen und Schüler mit dem Titel: Bist Du bereit? Einzelne Textfragmente wurden per Mail so lange hin und hergeschickt, bis der Text für alle zufrieden stellend war.

Als nächstes traf sich ein Teil der Klasse im MuK-Studio und entschied sich für einen Grundbeat, nach dem der Text dann angepasst wurde. Hier und da wurden ein paar Worte hinzugefügt oder weggelassen. Schließlich wurde mit dem Einsingen der Textpassagen begonnen und die Musik gemeinsam mit dem Medienpädagogen des MuK mithilfe eines Sequenzerprogrammes produziert.

Allein im Prozess der Musikproduktion durchliefen die teilnehmenden Schüler verschiedene Phasen der Kompetenzerweiterung. Liedtexte schreiben, Treffen organisieren, sich darauf einlassen, vor anderen zu rapen oder zu singen und dabei immer wieder gemeinsame Entscheidungen zu treffen erweitern soziale und mediale Kompetenzen und förderten das Selbstbewusstsein.

Nach der Fertigstellung des Musikstückes einigte sich die Klasse darauf, dass Schülerinnen und Schüler im Film in verschiedenen Berufen auftreten sollten, um so die Vielfalt der Berufsmöglichkeiten darzustellen. Die Klasse kümmerte sich um Drehtermine bei verschiedenen Firmen und Institutionen des öffentlichen Dienstes.

Die konkrete Filmproduktion begann Ende Februar. Nach einer Einführung in die Bildsprache und die Wirkungs-

weisen von Bildern wurden dann einzelne Sequenzen in der Schule und an den geplanten Orten zu verschiedenen Berufsbildern gedreht. Dabei sind die Schülerinnen und Schüler in die Rolle von Auszubildenden geschlüpft und konnten sich so emotional mit der Berufswelt identifizieren. Es wurde sich darauf geeinigt, dass jede/r Schüler/in vor der Kamera eine Textpassage vor dem berufsspezifischen Hintergrund singen, bzw. rapen sollte. Dies war nicht für alle Schüler/innen einfach, es kostete teilweise große Überwindung.



Preisträger mit Herrn Klee, Fa. Belmodi und OStR Th. Gleißner (rechts) (siehe auch [www.lgs-dieburg.de/index.php?id=416](http://www.lgs-dieburg.de/index.php?id=416))

Der gemeinsame Videoschnitt war reine Formsache, denn der Schnitt wurde beim Drehen und die dabei getroffenen Absprachen schon sehr gut geplant.

Weitere Aufgaben in dieser Phase: Termine vereinbaren, Drehorte ausmachen, Drehplan erstellen, Szenen planen, Rollen besetzen, Genehmigungen einholen, Equipment bestellen.

Auf diese Weise haben die Jugendlichen einen rund dreiminütigen Film zum Thema Ausbildung mit dem Titel: „Bist Du bereit?“ gedreht und dazu einen eigenen Song komponiert und im Studio selbst eingesungen. Die Schüler/innen haben dabei wert-

volle Erfahrungen gesammelt und wissen nun, wie ein Song entsteht, auf mehreren Spuren aufgenommen und wie ein Film produziert wird. Dabei haben sie gelernt, wie Botschaften audiovisuell vermittelt werden können und wie sie dabei auch manipuliert werden können. Gleichzeitig haben die Schüler/innen an Selbstsicherheit gewonnen. Durch die verschiedenen Drehorte haben sie die Tür zum Beruf einen Spalt aufgemacht und Eindrücke bekommen, die sie bei ihrer eigenen Berufswahl unterstützen können.

Die feierliche Preisverleihung fand am 16. Mai 2012 im Frankfurter Funkhaus des HR am Dornbusch statt. Um die Spannung zu erhöhen wurden die 10 besten Schulen von insgesamt 80 teilnehmenden Schulen eingeladen, aber nur vier konnten einen Preis erhalten. Als der Beitrag der LGS als dritter Platz vorgestellt wurde, war die Freude über diesen Erfolg riesengroß. In der Begründung der Jury wird darauf hingewiesen, dass die besondere Leistung darin bestand, dass nicht nur ein Video, sondern auch ein eigener Song zum Video entworfen wurde. Ausführliche Videos über die Preisverleihung, die Siegerfilme und die Begründungen der Jury finden sich

unter [www.meine-ausbildung.hr-online.de](http://www.meine-ausbildung.hr-online.de) oder auf der LGS-Homepage [www.lgs-dieburg.de](http://www.lgs-dieburg.de) unter der Rubrik „News“.

**D**iese Leistung wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung von Peter Holnick, Medienpädagoge am MuK ([www.muk-hessen.de](http://www.muk-hessen.de)), der durch seine engagierte Beratung und Mitarbeit und durch seine filmische Erfahrung wesentlich zum Erfolg des Projekts beigetragen hat.

**D**ie beiden beteiligten Firmen sind Ausbildungsbetriebe, deren Auszubildende die LGS besuchen. Bereits beim ersten Kontakt waren beide Firmen spontan bereit, die Filmarbeit zu unterstützen. Perspektivisch könnte durch ähnliche Projekte die Kooperation mit den Ausbildungsbetrieben intensiviert werden. Mögliche Ideen wären z.B., Präsentationsvideos über Ausbildungsberufe oder Ausbildungs-

betriebe der Region vor Ort zu erstellen.

**D**ie LGS hat für ihre medienpädagogische Projektarbeit bereits mehrere Medienpreise erhalten. So konnte die Klasse 10 MB (Metallbauer) einen der begehrten Kreativpreise der Berufsgenossenschaft Holz und Metall gewinnen. Um das Wettbewerbsthema „Arbeitssicherheit“ kreativ umzusetzen, entschieden sich die Schüler der 10 MB, ein Video mit typischen Arbeits- und Gefahrensituationen zu drehen.

**D**ie Klasse 11HBS2 der Höheren Berufsfachschule für Sozialpädagogik an der LGS gewann den 3. Platz bei einem Radiowettbewerb von Radio FFH für einen Beitrag zum Thema „Cybermobbing“, der im Rahmen des Medienunterrichts entstand.

**A**uch die beiden Schulfilme über die LGS wurden in Eigenregie erstellt

und können auf der Homepage unter [www.lgs-dieburg.de/index.php?id=176](http://www.lgs-dieburg.de/index.php?id=176) angesehen werden.

**M**it der verstärkten Medienarbeit im Unterricht ist auch die Medienausstattung der Schule kontinuierlich erweitert und verbessert worden. Mit den Preisgeldern und aus weiteren Fördermitteln konnten hochwertige Filmkameras, entsprechendes Equipment sowie neueste Videoschnittsoftware angeschafft werden. Diese Ausstattung und das vorhandene Know-how an der LGS bieten eine wesentliche Basis für die erwähnten Erfolge. Damit kann sich die LGS auch zukünftig im Bereich der pädagogischen Medienarbeit weiter profilieren und so einen maßgeblichen Beitrag zur unterrichtlichen Vermittlung von Medienkompetenz leisten.

*OSTR Th. Gleißner*



## EINIGE AUSSAGEN VON SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER ZUM FILMPROJEKT:

### **Rabia**

*Ich war eigentlich nur Schauspielerin im Video. Jeder wollte mal etwas testen und ausprobieren und gemeinsam haben wir es geschafft.*

### **Diba**

*Am Anfang gab es Startschwierigkeiten, aber dann haben wir richtig losgelegt. Am Ende waren wir froh, dass wir das geschafft haben.*

### **Abdul**

*Wir haben die Genehmigungen für die verschiedenen Drehorte gesammelt und dann die*

*Filmarbeit vor Ort mit den einzelnen Teams gemacht. Allen hat es gefallen.*

### **Sunil**

*Ich hätte auf jeden Fall wieder Lust, einen Film zu machen.*

### **Tugba**

*Die Klasse hatte viele Ideen für das Video. Wir haben uns entschieden, das Video mit Musik zu gestalten. Wir haben gezeigt bekommen, wie man eine Kamera benutzt und wie man Musik im Studio erstellt. Dann haben wir das selbst versucht und so kam der Film zu stande.*

In ihrem Artikel beschreibt Lydia Koblofski die Notwendigkeit Globalen Lernens in der beruflichen Bildung, umreißt das pädagogische Konzept, skizziert Unterrichtsbeispiele und bietet Möglichkeiten der Unterstützung und der Zusammenarbeit an.

# DIE WELT IN DIE BERUFSWELT BRINGEN – GLOBALES LERNEN IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

Die globale Vernetzung unserer Welt wird auch in den Ausbildungsberufen immer stärker spürbar. Betriebe verlagern ihre Fertigungsstätten in sogenannte Billiglohnländer. ArbeitnehmerInnenrechte werden mit dem Argument der Konkurrenzfähigkeit beschnitten. Schwankungen des Weltmarktpreises für Erdöl beeinflussen den nationalen Einzelhandel. Beinahe jeder Lebens- und Arbeitsbereich ist mit globalen Prozessen verschränkt. Sowohl im Betrieb als auch im Privatleben treffen Auszubildende bewusste oder unbewusste Entscheidungen, die weltweite Auswirkungen haben. Im Umkehrschluss wird die Lebens- und Arbeitswelt junger Menschen in Deutschland ebenfalls von globalen Entwicklungen beeinflusst. Dadurch gewinnen globale Themen auch für die Unterrichtsgestaltung an Bedeutung.

## Globales Lernen – Pädagogisches Konzept

Globales Lernen ist ein pädagogisches Konzept, das darauf basiert, Themen der Globalisierung in Bezug zur eigenen Lebenswelt zu setzen. Dabei soll das systemische, ganzheitliche Denken und Handeln gefördert werden. Die Auswirkungen von Globalisierungsprozessen werden somit nicht nur punktuell für einen Ort, sondern global reflektiert. Das langfristige Ziel Globalen Lernens ist eine zukunftsfähige, weil nachhaltige Lebensweise weltweit. Begrifflichkeiten wie Nachhaltigkeit oder nachhaltige Entwicklung sind aus dem Bereich des Globalen Lernens nicht wegzudenken. Ausgangspunkt der Debatte ist die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen sowie die Grenzen der Belastbarkeit der Erde, verbunden

mit der (In)Frage(Stellung) (nach) der Zukunftsfähigkeit unseres (westlichen) Lebensstils. Konzeptionell wird Globales Lernen oder Bildung für nachhaltige Entwicklung in einem Dreiecksverhältnis aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem verortet, wobei die Politik häufig als vierte Dimension hinzugefügt wird.<sup>1</sup>

Wie mit den ständig neu entstehenden bzw. sich verändernden Herausforderungen der Globalisierung umgegangen werden soll, ist eine grundlegende Frage Globalen Lernens, für die es jedoch nicht nur *eine* „richtige Antwort“ geben kann. Vielmehr ist die gemeinsame Suche nach Handlungsoptionen ein Schlüsselmoment. Wichtig ist die thematische und emotionale Anknüpfung an die Lebenswelten der Schülerinnen und Schüler, um auch alltägliche Handlungspraxen in die Diskussion und Reflexion einbeziehen zu können. Denn im Globalen Lernen geht es darum, den Erwerb von Kompetenzen zu unterstützen, die



Dieses Kompetenzmodell (Bildquelle Welthaus Bielefeld) folgt weitgehend der Aufstellung, wie sie im „Orientierungsrahmen globale Entwicklung“ der Kultusministerkonferenz formuliert wurde.<sup>3</sup>

wir brauchen, um uns in der Weltgesellschaft – heute und in Zukunft – zu orientieren und verantwortlich zu leben, so Georg Krämer in seinem Definitionsvorschlag.<sup>2</sup> Diese Kompetenzen lassen sich modellhaft in einem Dreischritt verdeutlichen – Erkennen, Urteilen, Handeln.

### Globales Lernen in Unterricht

Was kann Globales Lernen nun in der schulischen oder betrieblichen Unterrichtspraxis heißen? In der Einzelhandelsbranche oder im Bereich der Textilherstellung spielen globale Produktionsketten eine Rolle: Wo beginnt der Weg einer Jeans, wer ist an der Herstellung beteiligt und unter welchen Bedingungen müssen diese Menschen arbeiten? Ferne Länder gehören für Tourismuskauflleute zum Alltagsgeschäft. Doch welche Auswirkungen haben Fernreisen für die lokale Bevölkerung in den Zielländern und mit welchen Vorstellungen von der jeweils anderen Kultur reisen wir eigentlich? Von Arbeitsbedingung bis Antirassismus, von Zimmerer bis Zahntechniker – in jedem Themen- und Berufsfeld finden sich globale Bezüge Inhalte Globalen Lernens lassen sich sowohl in die allgemein bildenden als auch in die berufsbildenden Fächer integrieren. Die Bildungsgruppe *épa* des Marburger Weltladens bietet bspw. themenbezogene Unterrichtseinheiten oder Projektstage zu globalen Waren, dem Fairen Handel und Nachhaltigkeit an. Dabei



**2012/2013 Globale Waren**

**Reisebericht eines T-Shirts**

Ein T-Shirt hat eine weite Reise hinter sich bis es dann endlich zum Verkauf im Laden liegt. Wo beginnt sein Weg und wohin geht es, nachdem es kurz darauf wieder im Altkleidercontainer landet? Mit diesen und anderen Fragen werden sich die Schülerinnen und Schüler beschäftigen. Das Image der Ware spielt für sie eine tragende Rolle in ihrem Alltag. Zusammen wollen wir uns kritisch mit dem Zeitalter der „Wegwerfgesellschaft“ auseinandersetzen und dabei den eigenen Lebensstil bewusst reflektieren.

<b>Zielgruppe</b>	Sek I und Sek II
<b>Dauer</b>	ein Projekttag
<b>Veranstaltungsort</b>	Schule

Schüler\_innen prüfen Stoffqualitäten

Ein Angebot des Schul- und Bildungsprojekts *épa* des Marburger Weltladens zu globalen Produktions- und Handelsketten von Textilien aus dem aktuellen Programmheft, zu finden unter <http://www.marburger-weltladen.de/pages/downloads.php>.

werden aber auch Fragestellungen aus den Bereichen Kultur, Stereotype, Lebenswelten und Entwicklung einbezogen.

Ein zweiter inhaltlich-methodischer Ansatz konzentriert sich auf die fachliche und betriebliche Ausbildung. Diese Herangehensweise ist darauf ausgerichtet, globale Bezüge direkt in den beruflichen Lernfeldern herzustellen. Das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum ([www.epizberlin.de](http://www.epizberlin.de)) aus Berlin hat für verschiedene Berufsfelder passende Bildungsangebote und -materialien entwickelt.

### Globales Lernen - Fazit

Auszubildende tragen einen wesentlichen Teil zur aktuellen und zukünftigen Gestaltung unserer Gesellschaft bei. Sie haben das Potenzial, in ihren jeweiligen Berufsfeldern Entscheidungen in Richtung Nachhaltigkeit zu treffen. Ausgehend vom Wissen über globale Auswirkungen der Produktion möchte Globales Lernen in der beruflichen Bildung Anregungen zu nachhaltigem und zukunftsfähigem Handeln am eigenen Arbeitsplatz geben.

### Globales Lernen – Unterstützung und Zusammenarbeit

Wenn Sie globale Themen stärker in Ihren Unterricht integrieren möchten, können Sie sich gerne mit der Fachpromotorin für Globales Lernen in Hessen in Verbindung setzen. Die Bildungsangebote sind für die Schulen kostenlos. Auch wenn Sie bereits im Bereich Globales Lernen/Bildung für nachhaltige Entwicklung engagiert sind, wäre die Promotorin sehr an Austausch und Zusammenarbeit interessiert.

**Lydia Koblofsky**, Fachpromotorin für Globales Lernen  
Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen (EPN) e.V.  
[www.epn-hessen.de](http://www.epn-hessen.de)

### Anmerkungen:

- 1 Krämer, Georg: Was ist und was will „Globales Lernen“? In: Jahrbuch Globales Lernen 2007/2008: Standortbestimmung – Praxisbeispiele – Perspektiven. VENRO/Welthaus Bielefeld (Hrsg.) Februar 2008.
- 2 Krämer, Georg ebda.
- 3 Homepage des Welthaus Bielefeld: <http://www.welthaus.de/bildungsbereich/globales-lernen/>  
Der Orientierungsrahmen wurde am 14. Juni 2007 von der Kultusministerkonferenz (KMK) verabschiedet und soll nach Angaben der Projektgruppe als Bezugsrahmen für die Entwicklung von Lehrplänen und schulischen Curricula dienen.

# ZUM ELEND DES POLITIKUNTERRICHTS

## - AN BERUFLICHEN SCHULEN

Trotz des allseits gesellschaftlich akzeptierten Postulats der Erziehung zur Mündigkeit befinden sich die Politische Bildung und vor allem der Politische Unterricht an den beruflichen Schulen in Hessen in einem absolut desolaten Zustand. Diese Situation wird in vielen Punkten und Akzenten deutlich.

fassungsmäßige Postulat der Gewährleistung gleichwertiger Bildungschancen im Lande Hessen negiert und die erforderliche wissenschaftliche Fundierung des jeweils dafür zuständigen Faches aufgegeben. Das Fehlen von Lehrplänen in einzelnen Schulformen führt des Weiteren dazu, dass den vielfältigen Möglichkeiten der Übergänge zwi-

in den Berufsfeldern Wirtschaft und Verwaltung, Gesundheit, Ernährung und Hauswirtschaft oder Agrarwirtschaft, wird mangels eines im Studium erworbenen allgemein bildenden Faches im Referendariat das Fach Politik und Wirtschaft zugewiesen, ohne dass sie hierzu eine wissenschaftliche und fachdidaktische Ausbildung haben.



In mehreren Schulformen der beruflichen Schulen gibt es überhaupt keinen Lehrplan für den politischen Unterricht. Unglaublich, aber wahr: ca. 80% der 184.500 hessischen Schülerinnen und Schüler sowie Studierenden an den beruflichen Schulen werden in diesem Fach (zumeist Politik und Wirtschaft genannt) zurzeit ohne gültige Lehrpläne unterrichtet. Die Folge: der Politische Unterricht wird der Beliebigkeit preisgegeben, was Ziele, Inhalte, Themen und Fachdidaktik angeht. Die damit verbundene Orientierungslosigkeit hat für Lehrende und Lernende gleichermaßen gravierende Folgen. Indem der Unterricht in Gänze der Entscheidungsmöglichkeit der einzelnen Lehrkräfte oder bestenfalls der jeweiligen Fachkonferenzen unterworfen wird, wird das ver-

schieden aufeinander aufbauenden beruflichen Bildungsgängen (z.B. von BVJ zu BFS zu HBFS oder FOS) kein entsprechender systematischer Aufbau und Zusammenhang einer Lehrplanstruktur im Politischen Unterricht entspricht. Schlimmstenfalls wird ein Schüler/eine Schülerin viermal mit dem Thema „Politisches System der BRD“ oder ähnlichen Themen konfrontiert.

Politischer Unterricht wird aufgrund des an vielen beruflichen Schulen herrschenden Klassenlehrerprinzips – vor allem in der Berufsschule (Duales System) – oftmals fachfremd unterrichtet nach dem Motto „Jeder ist doch Staatsbürger und kann von daher diesen Unterricht abdecken“.

Vielen Lehrkräften, vor allem

Der Politische Unterricht wird insbesondere von der Wirtschaftsseite und den Betrieben her immer schon argwöhnisch beobachtet und nicht selten - vor allem in der Berufsschule - die Forderung erhoben, sich auf das zu beschränken, was für die Prüfung relevant sei. Ein politisches Handeln, z.B. das Artikulieren von berechtigten Forderungen im Betrieb oder ein Wehren gegen miserable Ausbildungsbedingungen wird abgelehnt.

Seit dem Zerschlagen staatlicher Lehrerfortbildungsinstitute (HILF und HeLP) gibt es im Bereich Politischer Bildung und vor allem zum Politischen Unterricht so gut wie keine staatlichen Fortbildungsangebote. Zwar gilt dies nicht nur für den Politischen Unterricht und die Politische Bildung, aber auch verstärkt für diese, zumal alle (wenigen) Fortbildungsangebote freier Träger immer auch interessengebunden sind.

Für Berufsschullehrkräfte ist in der Regel ihr Berufsfeld (z.B. Metalltechnik) Haupteinsatzort ihres Unterrichts und damit auch ihrer Aktivitäten z. B. der Unterrichtsvor- und nachbereitung. Politischer Unterricht wird demgemäß von Vie-



len quasi nebenbei „mitedigelt“. Dies wirkt sich nicht nur auf die Qualität des Unterrichts aus, sondern

auch auf die Fortbildungsaktivitäten für das Fach Politik und Wirtschaft. Fortbildung findet im Wesentlichen im jeweiligen Berufsfeld oder in übergeordneten breiten Themen wie Umgang mit schwierigen Schülern, Burn-Out-Vermeidung etc. statt. Eine systematische Auswertung von Fortbildungsportfolios, die seit mehreren

Jahren von allen Lehrkräften geführt werden müssen, würde dies nachdrücklich dokumentieren.

An den beruflichen Schulen wird der Unterricht in der Regel im Klassenverband erteilt, auch in den allgemeinbildenden Fächern. Gerade in der (Teilzeit-)Berufsschule aber ist die Zusammensetzung der Auszubildenden – vor allem in den gewerblich-technischen Berufen – hinsichtlich der Vorbildung sehr heterogen. So können sich in einer Klasse Schülerinnen und Schüler mit Förderschulabschluss, mit Hauptschulabschluss, mit Mittlerem Bildungsabschluss bis hin zu Schülerinnen und Schülern mit Fachhochschulreife oder Hochschulreife befinden. Eine individuelle Förderung bzw. die Berücksichtigung der aufgrund der Vorbildung mitgebrachten Kompetenzen und Vorkenntnissen ist in solchen Klassen so gut wie nicht möglich.

Aktivitäten zu politischen Themen in Projektwochen, Projekttagen, Ausstellungen, Veranstaltungen, Teilnahmen an Wettbewerben etc. finden an beruflichen Schulen nur selten statt.

Es gibt keinerlei externe Evaluation über den Zustand und die Wirksamkeit Politischer Bildung und des



Politischen Unterrichts an den beruflichen Schulen, auch nicht durch die seit mehreren Jahren durchgeführten Schulinspektionen.

### FAZIT

All dies kennzeichnet zusammengefasst die Situation, dass sich die Politische Bildung und der Politische Unterricht an den beruflichen Schulen in einem absolut desolaten Zustand befinden. Entsprechend gering ist auch die Wertigkeit und Wertschätzung, die Politische Bildung und Politischer Unterricht in den beruflichen Schulen in Hessen bei Lehrenden und Lernenden gleichermaßen genießen. Entsprechend gering ist damit aber auch die Wirksamkeit von Politischer Bildung und Politischem Unterricht als Beitrag zur Erziehung zur Mündigkeit der anvertrauten Schülerinnen und Schüler sowie Studierenden. Erschreckend dabei ist vor allem, dass das hessische Kultusministerium (HKM) diese Situation durch eigene Untätigkeit hinsichtlich Lehrplänen, Fortbildung oder Evaluierung zu einem hohen Teil selbst verursacht. Diese Unterlassung steht in schar-

fem Widerspruch zu Grundgesetz, Hessischer Verfassung und vor allem auch zu den in § 2 Hess.

Schulgesetz „Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule“ und § 3 „Grundsätze für die Verwirklichung“ formulierten Zielen.

Der Verfasser wird mit Unterstützung von XENOS diese Situation im Einzelnen analysieren und auf den Prüfstand stellen. Daran anschließend ist geplant, die Grobstruktur eines aufeinander aufbauenden

Curriculums zu entwickeln, das ein begründetes und begründbares Modell für den Politischen Unterricht über alle Schulformen der beruflichen Schulen hinweg liefert. Dieses Modell wird am 6. und 7. Dezember in Weilburg in einer Fachtagung Expert/innen aus verschiedenen Feldern vorgelegt, wo es kritisch diskutiert und bewertet werden soll. Ob daran anschließend ein Gesamtlehrplan für alle Schulformen der beruflichen Schulformen erstellt werden soll kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht entschieden werden, wiewohl es angesichts der nicht nachvollziehbaren und auch nicht tolerierbaren Untätigkeit des Hessischen Kultusministeriums dringlich geboten wäre.

Wer Interesse daran hat, an der besagten Fachtagung am 6./7. Dezember in Weilburg teilzunehmen, melde sich bitte unter [dstaudt@t-online.de](mailto:dstaudt@t-online.de). Die Teilnahme ist kostenlos. Allerdings können max. 20 Teilnehmende zugelassen werden.

**Dieter Staudt**

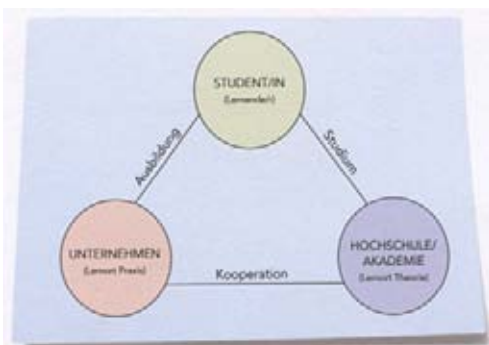
# ABSOLVENTEN DUALER STUDIENGÄNGE

## „HEISS BEGEHRT“

BIBB-PM 21/2012 VOM 15.05.2012

**Glänzende Berufsaussichten für Absolventinnen und Absolventen dualer Studiengänge:**

In einer **Betriebsbefragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)** gaben 45 % der Unternehmen an, alle dual Studierenden in ihrem Betrieb nach Abschluss des Studiums zu übernehmen. Weitere 27% übernehmen rund drei Viertel der erfolgreich in ihrem Betrieb ausgebildeten dual Studierenden. Das BIBB hatte zur Entwicklung des Qualifikationsbedarfs der Unternehmen, zur Qualität dualer Studienangebote sowie zur Verwertbarkeit der dabei erworbenen Abschlüsse insgesamt mehr als 1.400 Unternehmen befragt.



Die Bewertung dualer Studiengänge durch die Betriebe fiel dabei extrem positiv aus. Rund 97 % der befragten Unternehmen sind „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ mit diesem Instrument der Qualifizierung des Fachkräftenachwuchses. Rund zwei Drittel geben an, das duale Studium sei „deutlich besser“ oder „besser“ als das klassische Studium. Hervorgehoben werden insbesondere die „guten Kenntnisse der betrieblichen Abläufe“, die „Fähigkeit zu selbstständigem Arbeiten“ und die „hohe Eigenmotivation“, die die dual Studierenden nach Ansicht der

Unternehmen von ihren Mitbewerbern unterscheiden.

**Duale Studiengänge** verzahnen die Berufsausbildung mit einem Studium an einer Hochschule, Fachhochschule oder Berufsakademie. Die Absolventinnen und Absolventen erwerben so im besten Fall zwei Abschlüsse: einen beruflichen und einen akademischen. Dabei durchlaufen sie eine besonders innovative, attraktive und praxisnahe Studienform, die ihnen weitere Vorteile bietet. Dazu gehören beispielsweise der direkte Theorie-Praxis-Transfer und die Unterstützung durch die Arbeitgeber - häufig in Form einer Ausbildungsvergütung oder durch die Übernahme von Studiengebühren.

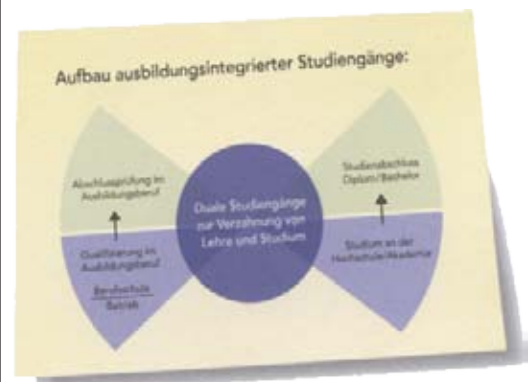
Die BIBB-Datenbank „Ausbildung Plus“ bietet einen bundesweit einzigartigen Überblick über duale Studiengänge und Ausbildungsangebote mit Zusatzqualifikationen. Insbesondere das Angebot bei den dualen Studiengängen hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. So betrug die Steigerungsrate im Jahr 2011 rund 20 % nach ca. 12 % im Jahr davor. Besonders deutlich gestiegen ist 2011 die Zahl der Kooperationen von Unternehmen, die gemeinsam mit einer Hochschule duale Studienplätze anbieten (+ 46 %).

Auch im Bereich der **Ausbildungsangebote mit Zusatzqualifikationen** verzeichnet die BIBB-Datenbank ein konstant hohes Angebot und eine stetig wachsende Nachfrage der Auszubildenden. Auch diese Form der Ausbildung genießt bei den befragten Unternehmen eine hohe Akzeptanz. Sie wird vor allem zur beruflichen Spezialisierung der Jugendlichen

und jungen Erwachsenen eingesetzt. Die Betriebsbefragung ergab, dass Auszubildende auch mit Zusatzqualifikationen ihre Arbeitsmarktchancen deutlich verbessern.

### Hintergrund:

„AusbildungPlus“ ist ein Projekt des Bundesinstituts für Berufsbildung, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird. „Herzstück“ ist eine Datenbank, die bundes-



weit über duale Studiengänge und Zusatzqualifikationen in der dualen Berufsausbildung informiert. Interessierte Jugendliche können die Datenbank kostenlos nach passenden Angeboten durchsuchen. Anbieter - zum Beispiel Betriebe, Hochschulen, Fachhochschulen oder Berufsakademien - können ihre Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten hier ebenfalls kostenlos veröffentlichen.

Weitere Einzelheiten im **BIBB-Bericht „AusbildungPlus: Betriebsumfrage 2011“**. Der Bericht kann kostenlos im Internetangebot des BIBB unter [www.ausbildungplus.de](http://www.ausbildungplus.de) heruntergeladen werden.

Seit mehr als einem Jahrzehnt liegt der Anteil junger Menschen ohne Ausbildung bei rund 15 Prozent. Trotz aller Bildungsgipfel ist Deutschland bei dieser Problematik keinen Schritt weiter gekommen. Was steckt hinter den mehr als 2 Millionen ohne Berufsabschluss?

# GENERATION ABGEHÄNGT – JUNGE MENSCHEN OHNE BERUFSABSCHLUSS

**DGB-Expertise PM**  
**30.08.2013**

Am 1. September startete das neue Ausbildungsjahr und die Arbeitgeber reden schon wieder von einer entspannten Lage auf dem Ausbildungsmarkt sowie einem Bewerbermangel. Und gleichzeitig sind 2,2 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 ohne Berufsabschluss.



**Doch was verbirgt sich hinter den mehr als 2 Millionen ohne Berufsabschluss?**

Wir haben eine kleine Expertise verfasst:

Trotz des demografischen Wandels und der vermeintlich komfortablen Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist ein signifikantes Abschmelzen der Ungelerntenquote nicht erkennbar. Die Zahl der jungen Ausbildungslosen liegt seit zehn Jahren konstant hoch bei rund 15 Prozent.

Ein Großteil der Ausbildungslosen hat eine gute Schulbildung und verfügt damit über alle schulischen Voraussetzungen, sofort eine betriebliche Ausbildung zu beginnen. Von den 2,2 Millionen Ausbildungslosen haben 1,8 Mio. einen Schulabschluss. Gut 800.000 davon verfügen sogar über eine Studienberechtigung (356.000) oder über einen mittleren Abschluss (454.000). Immerhin knapp eine Million (997.000) hat einen Hauptschulabschluss. Interessant ist, dass der Anteil der Studienberechtigten bei den Ausbildungslosen ähnlich hoch ist wie der der Menschen ohne Schulabschluss (400.000).

Den jungen Menschen ohne Berufsabschluss droht ein Leben in prekären Verhältnissen.

Lediglich 1,2 Millionen von diesen haben Arbeit. Schaffen es die jungen Ungelernten Arbeit zu finden, so leben sie überdurchschnittlich oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Das Versprechen des Dresdner Bildungsgipfels vom Oktober 2008 und der Europäischen Union aus der Lissabon-Strategie, die Quote der Ausbildungslosen zu halbieren, zeigt bislang keinerlei Wirkung.

**„Generation abgehängt“ – Was verbirgt sich hinter den mehr als 2,2 Millionen jungen Menschen ohne Berufsabschluss? (PDF, 88 kB)**

*DGB-Expertise zur Bildungsbiographie und den prekären Perspektiven der Ausbildungslosen*



# AUSBILDUNGSABBRÜCHE

VORZEITIGE VERTRAGSLÖSUNG KOSTET IM DURCHSCHNITT RUND 6.800 EURO

BIBB-PM 35/ 2012 VOM 10.10.2012

Wird ein Ausbildungsvertrag vorzeitig gelöst, so bedeutet dies immer auch einen Verlust von Ressourcen - von personellen, aber vor allem auch von finanziellen Ressourcen. Erstmals hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) Berechnungen vorgenommen, mit denen die Kosten von vorzeitigen Vertragslösungen im dualen Ausbildungssystem beziffert werden können. Demnach fallen für die Betriebe im Gesamtdurchschnitt der vom BIBB untersuchten Berufe und Branchen bis zum Zeitpunkt der Vertragslösung Nettokosten in Höhe von 6.826 Euro an.

Werden diese Nettokosten bis zur Vertragslösung auf alle Vertragslösungen hochgerechnet, summieren sie sich für alle betroffenen Betriebe auf insgesamt rund 580 Millionen Euro für das Jahr 2007. Gesamtwirtschaftlich betrachtet fällt der Verlust jedoch bedeutend geringer aus, da nach vorliegenden Schätzungen etwa die Hälfte der Auszubildenden nach einer Vertragslösung wieder einen neuen Ausbildungsplatz annimmt. Zum einen profitieren in diesen Fällen die Auszubildenden von der bis dahin erfolgten Ausbildung, zum anderen

kann der neue Betrieb hierauf aufbauen und hat daher einen insgesamt geringeren finanziellen Aufwand.

Für seine aktuellen Berechnungen hat das BIBB 51 Berufe aus allen Branchen untersucht. Bei diesen lag die Quote der Vertragslösungen bei 20,5 %. Vorzeitig beendet wurden die Vertragsverhältnisse im Durchschnitt nach etwa zwölf Monaten. Dabei verzeichneten die betrachteten Berufe im Handwerk die höchste Vertragslösungsquote (rund 25 %), bei den Berufen im Öffentlichen Dienst waren es dagegen nur etwa 7 %. In den Freien Berufen wurden die Verträge im Durchschnitt schon nach etwa zehn Monaten gelöst, in den landwirtschaftlichen Berufen dagegen nach rund 15 Monaten.

Betrachtet man die Nettokosten für vorzeitige Vertragslösungen nach Branchen, so ergeben sich deutliche Unterschiede. Im Öffentlichen Dienst sowie im Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel liegen sie bei rund 7.700 Euro, in den Freien Berufen dagegen bei knapp 3.200 Euro. Große Unterschiede treten auch bei der Betrachtung der jeweiligen Berufe zu Tage. So liegen die Nettokosten für Vertragslösungen bei den Berufen Werkzeugmechaniker/-in, Industriemechaniker/-in, Anlagenmechaniker/-in, Chemikant/-in sowie Drucker/-in bei jeweils über 15.000 Euro. Bei den Berufen Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r, Medizinische/-r Fachangestellte/-r und Friseur/-in belaufen sich die Kosten dagegen nur auf rund 2.100 Euro. Am Ende der Skala der 51 untersuch-

ten Berufe liegt der Bäcker/die Bäckerin mit Nettokosten von knapp 1.000 Euro.

Weitere Informationen in der neuesten Ausgabe der BIBB-Fachzeitschrift „Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis - BWP“, Rubrik „Berufsbildung in Zahlen“, Thema „Betriebliche Kosten von Vertragslösungen“. Download kostenlos unter [www.bibb.de/bwp/kostenvertragsloesung](http://www.bibb.de/bwp/kostenvertragsloesung).

## Anmerkung der Redaktion

Die enorm hohen Abbrüche von Ausbildungsverträgen haben oft was mit der Qualität der Ausbildung zu tun. Zu diesem Thema hat die DGB-Jugend gerade eben ihren neuesten Ausbildungsreport 2012 veröffentlicht. Dieser liefert einen Überblick darüber, in welchen Berufen junge Menschen eine qualitativ hochwertige Ausbildung erhalten und zeigt auf, wo es Mängel gibt. Zwischen Herbst 2011 und Frühjahr 2012 wurden über 12.000 Auszubildende aus den 25 am stärksten frequentierten Ausbildungsberufen schriftlich befragt. Die Befragten kamen aus allen Ausbildungsjahren und aus Betrieben unterschiedlichster Größe. So ergibt sich eine verlässliche und repräsentative Studie zur Ausbildungsqualität. Ein besonderer Schwerpunkt im Ausbildungsreport 2012 ist ein genauerer Blick auf die Qualität der Berufsschule als zweiter wichtiger Lernort der dualen Ausbildung. Der Ausbildungsreport 2012 kann bei der Redaktion angefordert oder unter [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de) herunter geladen werden.

Restaurantfachmann/-frau	47,6%
Koch/Köchin	46,3%
Fachkraft im Gastgewerbe	42,1%
Fachmann/-frau für Systemgastronomie	40,9%
Gebäudereiniger/-in	38,0%
Bäcker/-in	34,8%
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhw.	34,7%
Fleischer/-in	33,3%
Klempner/-in	33,2%
Hotelfachmann/-frau	29,5%
Durchschnitt aller Berufe	23,0%
Industriemechaniker/-in	7,5%

Quelle: BIBB-Datenblätter zu den entsprechenden Berufen für 2010, Stand 16. April 2012

# QUALIFIZIEREN FÜR EINE GLOBAL VERNETZTE ÖKONOMIE

Die Globalisierung ist in eine neue Phase eingetreten. Immer mehr Unternehmen in Dienstleistungsbranchen, in denen digitale Informationen im Zentrum stehen, sehen sich in einem weltweiten Wettbewerb. Die globale Organisation von Dienstleistungsprozessen verändert die Anforderungen an professionelle Dienstleistungsarbeit grundlegend. Sie verlangt neue Kompetenzen von Mitarbeiter/innen, die weit über sprachliche Kompetenz und kulturelle Sensibilität hinausgehen. Grundlegende Aspekte von Fachlichkeit und beruflicher Identität stehen auf dem Prüfstand. Globalisierung war lange Zeit eine prägende Entwicklung in der industriellen Produktion. Dienstleistungen galten weithin als nicht globalisierbar. Heute jedoch werden weite Teile der Dienstleistungswirtschaft von Globalisierung erfasst. Vorreiter dafür ist die IT-Branche. IT-Kompetenzen erfassen alle Bereiche des Wirtschaftslebens. Die IT-Industrie steht im Zentrum der Globalisierung der Dienstleistungswirtschaft.

und entwickeln strategische Leitorientierungen und Geschäftsmodelle für eine nachhaltig erfolgreiche Globalisierung. Zentraler Erfolgsfaktor

Hochschulen und Universitäten) einstellen müssen.

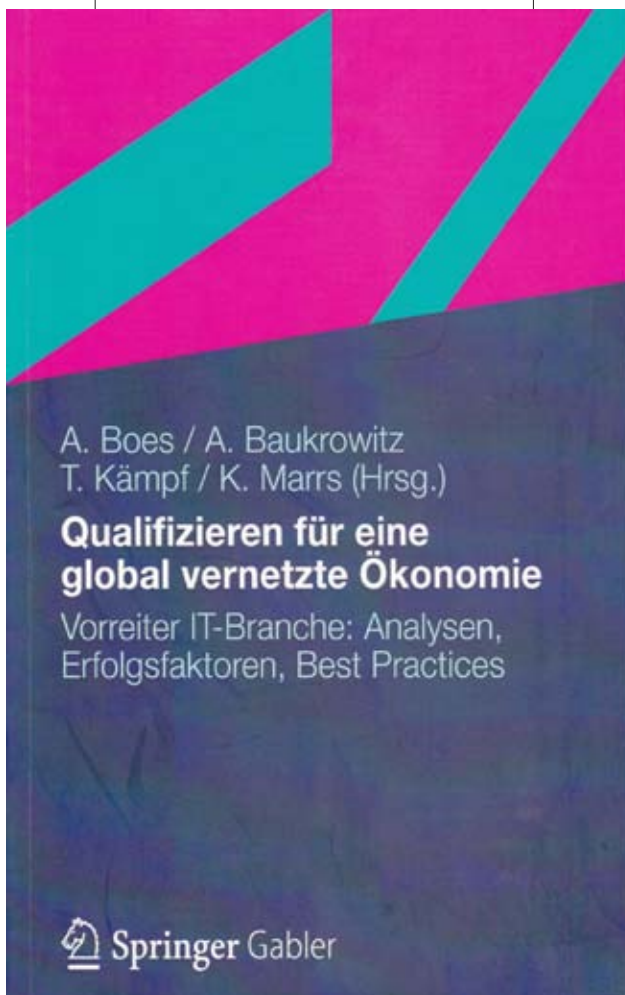
Insgesamt ist festzuhalten, dass die Professionalisierung der Facharbeit im internationalen Raum auf eine Vielzahl neuer Anforderungen, aber auch neuer konzeptioneller Impulse trifft, die in der Gesamtheit zu betrachten sind. Grundlegende Aspekte beruflicher Handlungsfähigkeit im Kontext einer veränderten internationalen Arbeitsteilung und neuer Qualifikations- und Kompetenzstandards müssen in den Blick genommen werden. Der neue Typ der Industrialisierung zielt auf die Kopfarbeit, die als Produkt zunächst so nicht „kontrollierbar“ ist. Die Qualifikation wird sich transparent gestalten und als Schlüsselkompetenz betrachtet werden müssen.

Das Projekt GlobePro untersucht, wie globale Geschäftsmodelle in der digitalen Dienstleistungswirtschaft erfolgreich umgesetzt

werden und welche Herausforderungen für die Qualifizierung von Fachkräften dadurch entstehen. Das Projekt entwickelt und erprobt zukunftsfähige Aus- und Weiterbildungskonzepte und bereitet Best Practices für den Transfer auf.

Mehr zum Projekt unter [www.globe-pro.de](http://www.globe-pro.de)

Wolfgang Hill  
GEW-Landesfachgruppe Berufliche Schulen



War zunächst die Produktion das Ziel der Globalisierung (Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer), so steht zunehmend die „Kopfarbeit“ im „Informationsraum“. Für die Unternehmen, nicht nur der IT-Branche, ist die neue Form der Globalisierung mit gravierenden Konsequenzen verbunden. Sie können hinsichtlich ihrer internationalen Aktivitäten nicht mehr schlicht „so weitermachen wie bisher“. Viele Dienstleistungsunternehmen sind auf der Suche nach neuen Konzepten

für eine nachhaltige Internationalisierung ist es, die Mitarbeiter/innen ins Zentrum zu stellen. Deshalb gewinnen Qualifizierung und Personalentwicklung an strategischer Bedeutung. Qualifikationsanforderungen und die notwendigen Rahmenbedingungen für Qualifikation unterliegen im Zuge der neuen Phase der Globalisierung einem grundlegenden Wandel, auf den sich Unternehmen, Mitarbeiter/innen und überbetriebliche Akteure wie Bildungseinrichtungen (Schulen,

# IRREGULÄRE ODER „ILLEGALE“<sup>1</sup>

EINWANDERUNG - „SANS PAPIER, OHNE PAPIERE, UNDOKUMENTIERTE ZUWANDERUNG“

Trotz nationalstaatlicher Bemühungen, Einwanderung zu kontrollieren oder zu regulieren, findet Einwanderung auf irregulären Wegen, d. h. staatlich und juristisch sanktionierten Wegen statt. Nationalstaaten versuchen mittels der Möglichkeiten von Öffnung und Schließung nationalstaatlicher Grenzen auf die Bedürfnisse des heimischen Arbeitsmarktes zu reagieren und damit den Zustrom von ausländischen Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt zu kontrollieren.

Seit dem Anwerbestopp im Jahr 1973 haben sich neben den begrenzten regulären Einreisemöglichkeiten nach Deutschland vielfache irreguläre „illegale“ Wege zur Einwanderung etabliert. Einwanderungswillige haben vielfältige Motive, die auch vor nationalstaatlichen Grenzen und Gesetzen keinen Halt machen. Aufgrund der unklaren Datenlagen wird nach dem Schätzungsprinzip als absolute Untergrenze von 100.000 und als Obergrenze von bis zu einer Million irregulär Aufhältiger ausgegangen (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2005: 9f).



„Hier integrieren wir drei Italiener, acht Spanier oder zwölf Türken“  
Aus dem STERN

Eine weit verbreitete Form irregulärer Migration besteht darin, dass Immigranten mit einem international üblichen und befristeten Visum (in der Regel auf 90 Tage begrenzt) einreisen (z. B. als Touristen, Besucher, Geschäftsleute) und nach Ablauf der gewährten Aufenthaltsfrist weiterhin im Land bleiben, ohne dafür erforderliche Aufenthaltsverlängerung beantragt bzw. erhalten zu haben.

Eine weitere Form irregulärer Migration ist die Einreise mit gefälschten Personaldokumenten. Auch die in Deutschland studierenden Ausländer zeigen mitunter gerin-

ge Bereitschaft, in ihr Heimatland zurückzukehren. Während des langen Studienaufenthalts durchläuft der Studierende einen Akkulturationsprozess, durch den sich Wünsche, Wertvorstellungen und Verhaltensnormen ändern können. Ebenso können berufliche Karrieremöglichkeiten und –pläne, die in Deutschland besser erreichbar zu sein scheinen als im Heimatland, bedeutsame Anreize für einen langfristigen Verbleib bilden.

Ein vergleichbares Bild zeichnet sich bei Asylbewerbern ab, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Die Kategorie der abgelehnten Asylbewerber stellt nach Schätzung der Experten einen erheblichen Teil der irregulär Aufhältigen in Deutschland dar. Die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften auf dem Bausektor und im Haushalt (z. B. polnische Haushaltshilfen) führt auch dazu, dass sich Menschen den schweren Lebensbedingungen in der Illegalität fügen, um sich eine materielle Existenz zu verschaffen. Oftmals entsteht auch eine „Pendelmigration“ wie bei Saisonarbeitern vornehmlich aus Osteuropa. Bei diesem Personenkreis handelt es sich häufig um qualifizierte Arbeitnehmer, die für kurze Zeit in Deutschland einer gering qualifizierten Tätigkeit nachgehen, um mit den Ersparnissen in der Heimat ihre Familie zu unterstützen.

Das komplexe Phänomen der Illegalität zieht eine Reihe von weiteren Handlungszusammenhängen nach sich. Der irregulär Aufhältige unterwirft sich hierbei durch irreguläre Einreise, irregulärem Aufenthalt und irregulärer Beschäftigung einer Mehrfachillegalität. Das Leben in einem fremden Land kann für die Einwanderer zu psychosozialen Konflikten, Sprachschwierigkeiten und einer damit verbundenen sozialen Isolation führen. Die Entscheidung für eine Migration bedeutet aber auch die Aufgabe der bisherigen Berufsrolle, die Instabilität der gewohnten Werte- und Bezugssysteme sowie Diskriminierungs- und Degradierungserfahrungen.

Das Leben in der Illegalität heißt für die Menschen, ein Leben in der Schattenwelt zu führen, möglichst unauffällig zu bleiben und vor allem heißt es: Verzicht auf institutionelle Unterstützungssysteme und Ausschluss von elementaren Menschenrechten. Wie bekommen Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel eine Unterkunft? Was passiert bei Krankheit oder Unfall? Wie ergeht es Schwangeren und wo kann die Geburt stattfinden? Was passiert mit den Kindern, deren Eltern keinen gültigen Aufenthaltstitel haben? Grundsätzlich ist anzumerken, dass ein Leben in der

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt •  
Tel.: 069 / 97 12 930 •  
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe Berufliche  
Schulen -Vorsitzendenteam -

### Layout:

Matthias Hohmann  
m.hohmann@gmx.net

### Redaktion:

Dieter Staudt  
Messeler Straße 3 •  
64390 Erzhausen •  
Tel. : 06150 / 75 69 •  
Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker  
Tel.: 06142 / 838880  
Email: r.becker.gew@gmx.de

**Auflage: 4600**

### Druckerei:

Druckkollektiv GmbH  
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

Illegalität ein Leben in Misstrauen und Angst ist. Angst vor Aufdeckung der Illegalität und berechtigtes Misstrauen gegenüber Anderen, die die Lebenssituation der „Rechtlosen“ ausnutzen könnten. Je nachdem, welcher Einreiseweg gewählt wurde und welcher Lebenskontext besteht, stellen Bekannte, Verwandte und die ethnische Kolonie häufig die erste Anlaufstelle für irregulär Aufhältige dar. Diese Netzwerke, die nicht selten mit potenziellen Arbeitgebern verwoben sind, bieten die Infrastruktur zur Bewältigung des Alltags und sind somit die Plattform der Lebenswirklichkeit irregulär Aufhältiger. Im Rahmen dieses Netzwerks wird die Wohnsituation geregelt – allerdings häufig in unzumutbaren Wohnverhältnissen und zu ausbeuterischen Mietpreisen, die sich aufgrund der Abhängigkeitsverhältnisse ergeben. Da die Arbeitgeber selbst meistens zum Netzwerk gehören, besteht häufig eine Dualität zwischen Arbeiten und Wohnen und eine Dualität des Abhängigkeitsverhältnisses; d. h. irregulär Aufhältige, die unerlaubterweise ohne gültige und Arbeitsgenehmigung in der Gastronomie arbeiten, wohnen auch häufig ohne gültigen Aufenthaltstitel im Gebäudekomplex dieser Gastronomie.

**B**esonders schwierig ist die Lebenssituation von Frauen und Kindern in der Illegalität. Ein Unfall oder eine akute schwere Erkrankung mit Krankenhausaufenthalt bedeutet für diese Menschen meistens die Aufdeckung ihres Aufenthaltsstatus und ihre Ausweisung, daher verzichten nicht wenige, trotz dramatischem Gesundheitszustand auf medizinische Versorgung. Eine weitere Möglichkeit, Zugang zu medizinischer Versorgung zu erhalten, ist die Barzahlung aller entstehenden Unkosten. Allerdings verfügen die wenigsten irregulär Aufhältigen über entsprechende monetäre Ressourcen. Schwangerschaft und Geburt stellen diese Frauen vor kaum überwindbare

Hürden in ihrer Schattenwelt. Daher sind Hausgeburten ohne medizinische Versorgung oder mit Unterstützung von Laien die Regel. Kinder, die in die Illegalität geboren werden, sind gezwungen, in der Illegalität zu verbleiben, da die Angst vor Aufdeckung so groß ist, sodass diese Kinder noch nicht einmal administrativ registriert werden (d. h. keine Geburtsurkunde haben). Somit bleibt diesen Kindern auch jeglicher Zugang zu Bildung verwehrt. Kinder, die im Verlauf ihrer Schulbildung in die Illegalität geraten (z. B. durch Ablehnung des laufenden Asylverfahrens) können bis zur Aufdeckung ihres irregulären Status in dem Schulsystem verbleiben und werden wahrscheinlich bei Klassenfahrten fehlen. Die Angst vor Aufdeckung ist groß, sodass Lehrende irregulär aufhältige Schülers/in kaum bewusst feststellen könnten. Somit versiegen für diese Kinder auch alle Möglichkeiten pädagogischer Handlungsalternativen durch engagierte Lehrerinnen und Lehrer.

*Dr. Türkan Kanbicak*

### Literatur:

**Alt, Jörg** (2003): *Leben in der Schattenwelt. Problemkomplex „illegale“ Migration.* Loeper Literaturverlag

**Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (2005): *Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland. Staatliche Ansätze, Profil und soziale Situation. Forschungsstudie 2005. Forschungsbericht 2.* Bonn

**Han, Petrus** (2005): *Soziologie der Migration.*, Stuttgart: Lucius & Lucius

<sup>1</sup> Der Begriff Illegal ist stigmatisierend, da es sich bei dem Tatbestand einer irregulären Grenzüberschreitung um eine rein konstruierte, d. h. durch nationalstaatliche Grenzen und Gesetze geschaffene Gesetzeswidrigkeit handelt. Die Autorin hat sich daher für Verwendung des Begriffs irregulär entschieden.

*Leonardo da Vinci hatte es wirklich drauf: Er erfand den Hubschrauber, den Fallschirm, konnte klasse malen und gut philosophieren. Über einen, der zu früh erwachte, als alle anderen noch schliefen*

# VOLL GENIAL

VON ARNO FRANK

Für Streber ist das 15. Jahrhundert eine denkbar düstere Zeit. Wer zu viel wissen will, landet schnell mal im Kerker – und wer wirklich zu viel weiß von der Welt, endet auf dem Scheiterhaufen. Kein Wunder also, dass ein gewisser Leonardo (1452 bis 1519) aus dem toskanischen Städtchen Vinci seine epochalen Erkenntnisse ausschließlich seinen geheimen Notizbüchern anvertraut, und das auch nur in einer unleserlichen Spiegelschrift von rechts nach links.

Dabei soll er ein schlechter Schüler gewesen sein, der das Rechnen und Lesen nur mit Mühe erlernte. Offenbar war der Zehnjährige aber schon ein recht viel versprechender Zeichner, weshalb sein Vater ihn eines Tages dem berühmten Bildhauer und Maler Verrocchio vorstellte – der ihn unter seine Fittiche nahm. Gemälde und Skulpturen waren zu dieser Zeit alles andere als ein schönggeistiger Zeitvertreib für die Elite, sondern die populärste Kunstform, vergleichbar mit dem Kino unserer Tage. Nur die Malerei konnte einer Welt aus Analphabeten die großen Geschichten erzählen. Erst kürzlich war die Zentralperspektive eingeführt worden – eine Methode, Räume auch wirklich räumlich und die Dinge in einem bestimmten Verhältnis kleiner werden zu lassen. Das war mathematische Geometrie und sah auch so aus, bis Leonardo kam. Er hüllt die fernen und immer ferneren Landschaften stufenlos in neblige Schleier und dunstige Unschärfen, wie sie auch dem gewöhnlichen Auge erscheinen. Diese Technik des „sfumato“ (italienisch: „verraucht“) ist, neben seiner generellen Meisterschaft in dieser Kunst, Leonardos wesentlicher Beitrag zur Geschichte der Malerei. Er macht sie paradoxerweise realistischer, indem er die Unschärfe einführte.

Zwar malte er, wie üblich, religiöse Motive, bezog seine Inspiration aber weder aus der Antike noch aus der Bibel – sondern aus der Natur, wie seine zahllosen Landschafts-, Wasser-, Pflanzen-, Wolken- oder Tierskizzen belegen. Leonardo ging sogar so weit, sich Leichen zu beschaffen, um sie zu sezieren und zu zeichnen, was er da sah. Dabei ist sein eigentliches malerisches Werk, darunter die „Mona Lisa“ oder „Das letzte Abendmahl“, überraschend schmal. Unangefochten Leonardo zugeschrieben werden nur rund fünfzehn Gemälde.

## Ein Meister in der Kunst des Erfindens

Er ist 30 Jahre alt, als er erstmals mit seinen Fähigkeiten als Ingenieur an die Öffentlichkeit geht. Im Schreiben von 1482 an den Herzog von Mailand empfiehlt er sich als „Meister in der Kunst des Erfindens von Kriegsgerät“ zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Leonardo entwirft Kriegsschiffe und Tauchboote, die mit Schrauben die Rumpfe gegnerischer Schiffe

durchbohren sollten. Er erfindet einen fahrbereiten Panzer mit acht Bordkanonen und, als Aufklärungsfahrzeug, den Helikopter. In seinen Notizbüchern finden sich sogar Pläne für einen Fallschirm, der erst im Jahr 2000 nachgebaut und erfolgreich getestet wurde.

Doch bringt er nur sehr wenig von dem, was er einmal in Angriff genommen hatte, wirklich zur Vollendung. Die meisten Fragen interessieren ihn offenbar nur so lange, bis er sie theoretisch beantwortet hat. Ist ein „perpetuum mobile“ möglich? Wie könnte ein Taucheranzug funktionieren? Welche Form hat ein Wassertropfen – und warum? Was bedeuten die Gezeiten und woher kommt die Brandung? – Leonardo löst die Rätsel wie nebenbei in seinen Notizbüchern. Und wendet sich, kaum dass die Tinte trocken ist, wieder anderen Problemen zu.

Vermutlich leidet er unter Hyperaktivität. Er soll sehr gut ausgesehen haben und soll, extravagant gekleidet und wahrscheinlich schwul gewesen sein. Wegen seiner Herkunft bleibt ihm die Akademie – die klassische Ausbildung – versagt, was er spöttisch kommentiert: „Wer zur Quelle gehen kann, gehe nicht zum Wassertopf“.

Seine eigene Gegenwart freilich ist alles andere als ruhig. In wechselnden Koalitionen bekriegen sich unaufhörlich die mächtigen Stadtstaaten der italienischen Halbinsel, und herrscht einmal Frieden, bricht auch schon die Pest aus (Leonardo entwirft prompt eine vernünftige Kanalisation). Und so wird er von den Wechselfällen der Geschichte von Wirkungsort zu Wirkungsort – Florenz, Mailand, Mantua, Venedig, Rom – geschleudert. Am Ende wird er vom jungen französischen König Franz I. nach Amboise eingeladen, wo er sich ein letztes Mal gigantischen Projekten widmet. Landschaftsplanung, Städteplanung, ein Kanal zwischen Loire und Saône. Der wurde dann knapp 300 Jahre nach Leonardos Tod fertig gestellt.

Natürlich stand auch Leonardo auf den Schultern von Riesen wie Aristoteles, Archimedes, Vergil, Vitruv oder Brunelleschi. Renaissance, die Wiedergeburt der Antike. An vielen Orten in Italien bedurfte es buchstäblich nur weniger Spatenstiche, und zum Vorschein kamen Triumphbögen, Bäder, Statuen, Mosaik, Bibliotheken, Kanäle und Straßen einer überlegenen Zivilisation. Es muss für Leonardo gewesen sein, als würde sich unter seinen Füßen plötzlich ein versunkenes Gebirge des Wissens erheben – und ihn sanft anheben, weg vom Mittelalter, der Moderne entgegen.

**Gekürzt aus: fluter Nr. 43**